

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Verwaltung: Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.

Vorwärts

Infektions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltenen Zeitungen oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur
Juni 1, Nr. 4180.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 7. April 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die Verhältnisse der Landarbeiter in Westdeutschland.

Wir haben nach den Veröffentlichungen des Vereins für Sozialpolitik einen Artikel über die Lage der Landarbeiter im Osten Deutschlands gebracht. Im westlichen Deutschland, wo fast überall der bäuerliche Besitz vorherrscht, sind die Landarbeiter naturgemäß nicht eine so wichtige Kategorie wie im Osten mit seinen großen Gütern. Indessen bietet die Lage der Landarbeiter auch hier genug interessantes Material.

Dass die Lage der ländlichen Arbeiter sich in den letzten 20, 30 Jahren außerordentlich gehoben hat, dass ihr Selbstbewusstsein gestiegen und infolge dessen die Behandlung seitens der Arbeitgeber besser geworden ist, wird auch hier überall berichtet. Sozialpolitiker von dem Kaliber des Herrn Professor Julius Wolf werden daraus natürlich auf die Vorteilhaftigkeit des kapitalistischen Systems schließen; will man ein wirklich richtiges Urtheil über diese Dinge gewinnen, so muss man aber natürlich die Ursachen dieser Erscheinung untersuchen: findet man dann, dass das kapitalistische System als solches die Ursache ist, so kann man ja dem Herrn Professor Recht geben.

Als Ursache wird allgemein angegeben die Abwanderung in die Industriestädte und nach Amerika.

Was das erste betrifft, so muss man bedenken, dass die Industrie ihre Arbeiter nicht zu reproduzieren pflegt. Vor einigen Jahren wurden Untersuchungen veröffentlicht über die Bevölkerungsbewegung in Augsburg. In der Reformationszeit wurde die Stadt vollständig lutherisch, das Land blieb katholisch. Heute weist die Stadt wieder einen sehr hohen Prozentsatz katholischer Bewohner (etwa 65 pCt. der Volkszahl) auf, und zwar einfach dadurch, dass die städtischen Familien allmählich zum großen Theil ausgestorben und durch Einwanderer vom Lande ersetzt sind. Man hat gefunden, dass bei städtischen Familien schon in der dritten Generation die Frauen nicht mehr säugen können; und so nehmen die Lebenskräfte überhaupt ab. Die Reproduktion der städtischen und damit der industriellen Bevölkerung wird also vom Lande geliefert, und der Zug vom Lande in die Stadt ist ein naturgemäßer Prozess, der unter allen Umständen stattfinden muss. Die direkten Ursachen können verschiedene sein: höhere Löhne, selbständigeres Leben, die Möglichkeit zu feineren Genüssen, das höhere Kulturleben der Stadt überhaupt.

Da sich in den letzten Jahrzehnten das industrielle Leben in Deutschland stark entwickelt hat, so begreift es sich, dass der gewöhnliche Zug in die Stadt weit stärker geworden ist, als sonst. Dadurch sind Lücken in die ländliche Bevölkerung hineingerissen, und die Zurückbleibenden konnten naturgemäß höheren Lohn und bessere Behandlung beanspruchen.

Wie man sich leicht denken kann, sind es zunächst die tüchtigsten und intelligentesten Landarbeiter, die in die Stadt

abziehen; was auf dem Lande zurückbleibt, rekrutirt sich aus den weniger tüchtigen Elementen.

Die Auswanderung nach Amerika bedarf keiner besonderen Erklärung. Die besser gestellten Arbeiter, welche eine kleine Summe für die Ueberfahrt und den ersten Aufenthalt erwerben können, wandern aus, weil es ihnen in Amerika besser geht, wie zu Hause. So verursacht auch die Auswanderung den Verlust gerade der tüchtigsten Kräfte für das Land.

Diese Dinge haben nun gegenwärtig zu den sonderbarsten Konsequenzen geführt. Es ist gewiss, dass der Lohn der ländlichen Arbeiter, wenn auch nicht gerade der Nominallohn, so doch der Reallohn, nicht selten höher steht, wie der der industriellen. Aus Oldenburg erfahren wir, dass der Lohn der Dienstmädchen bis auf 300 Mark steigt; das ist der Maximallohn für eine perfekte Köchin in Berlin. Verschiedentlich wird bemerkt, dass die Arbeiter sich besser stellen, wie die kleinen Bauern; so im Regierungsbezirk Osnabrück (hier sollen oft Kinder von Arbeitern eine Miltgast von 1500 M. erhalten); im Kreise Wiedenbrück, wo tüchtige Arbeiter jährlich ein paar hundert Mark sparen können; im Kreise Hamm; in Schaumburg-Lippe, Kreis Minteln, Kreis Neustadt u. s. w.; im Kreis Diepholz, Suhligen, Enke und Yoga. Aus dem Regierungsbezirk Rassel erfahren wir: „Schon seit Jahren sieht sich der Arbeiter besser, als der kleine Bauer. . . Der Bauer leidet unter dem gleichen Umstande, dem der Arbeiter sein Vorwärtskommen verdankt.“ Unter diesen Umständen wird dann sogar das Allermuthmaßlichste möglich, dass die Kleinbesitzer Sozialdemokraten werden und die Arbeiter nicht. Aus Schleswig-Holstein wird z. B. berichtet: „Es erscheint auf den ersten Blick merkwürdig, dass die Agitation mehr Boden findet bei den kleinen Landbesitzern, welche ihren Tagelohn bei den größten Besitzern verdienen, und Abends resp. Sonntags ihr eigenes Feld bearbeiten, als bei den beschafften, zur Mische wohnenden Arbeitern. Das hat wohl seinen Grund darin, dass ein Mann der erstern Kategorie sich um sein Brot ärger quält, als einer der letztgenannten, der nach Feierabend höchstens ein bisschen in seinem Garten arbeitet.“ Ein Fingerzeig übrigens für unsere weisen Segner, welche ein Schutzmittel gegen die Sozialdemokratie gefunden zu haben glauben, indem sie dem Landarbeiter ein Stückchen Land geben.

Aus den Hohenzollernschen Landen bemerkt ein Berichtserstatler: „Die Löhne sind in den letzten 10-20 Jahren um die Hälfte gestiegen.“ Wo der Arbeiter die Kost erhält, bekommt er mindestens 2-3 Mal wöchentlich reichlich Fleisch, während bei den kleinen und kleinsten Besitzern Fleisch noch lange nicht an allen Sonntagen auf den Tisch kommt. Die Dienstmagd erhielt früher zur Vesper Milch mit Rahm und Brot, jetzt statt der Milch Bier; ebenso der Knecht früher Branntwein, jetzt Bier. Aus dem Regierungsbezirk Wiesbaden hören wir: „Die Lage der Arbeiter hat sich in bezug auf den materiellen Unterhalt in den letzten Jahrzehnten gewaltig gehoben. . . Eine kräftige Fleischkost wird jeden Tag

gereicht.“ Aus den thüringischen Staaten: „Die Erntelöhne sind in meiner Wirtschaft im Verlaufe von 36 Jahren um etwa 60 pCt. erhöht worden, der ganze jährliche Lohn um nahezu 100 pCt.“

Natürlich werden diese Notizen hier mit aller Reserve wiedergegeben; bei der Enquete sind ja nur die Besitzer gefragt und nicht die Arbeiter. Erhebliche Abstriche wird man wohl machen müssen; im ganzen und großen aber ist eine relative Hebung einzelner Gruppen der Arbeitererschaft im Westen nicht zu bezweifeln.

Entsprechend ist auch das Selbstbewusstsein der Arbeiter gestiegen. Die patriarchalische Form, deren Vertraulichkeit und größere Annäherung von Besitzer und Arbeiter so gerühmt wird, mochte ja für die Besitzer manches Angenehme haben, für die Arbeiter aber nicht, welche, wenn es gut ging, wie zu bevormundende Kinder, und wenn es schlecht ging, wie zuchtlose Sklaven behandelt wurden. Ausser den sonstigen Gründen, welche das patriarchalische Verhältnis lösen, wirkt der Arbeitermangel; die Arbeiter brauchen sich den Patriarchalismus nicht mehr gefallen zu lassen. Etwas stark übertrieben, aber mit einer großen Berechtigung sagt ein Berichtserstatler aus dem Göttingischen: „Vor 20 Jahren strafte der Arbeitgeber seinen Arbeiter dadurch, dass er ihm keine Arbeit gab, heute ist es umgekehrt.“

Es ist nun bezeichnend für den Standpunkt der Besitzer, dass es ihnen so schwer wird, diesen veränderten Verhältnissen hinsichtlich des Verkehrs mit den Arbeitern Rechnung zu tragen. Der Gedanke, dass der Arbeiter ganz dasselbe ist wie sie, dass der Arbeiter nur seine Arbeitskraft hergibt und der Besitzer den Lohn, und dass beide also auf ganz gleichem Fuße verkehren müssen, ist schwer für sie zu fassen. Eine althergebrachte in dem Generalberichte aus Harste kennzeichnet diese Vorstellungen: „Mit den älteren Arbeitern, in welche das erhöhte Selbstbewusstsein noch nicht zu tief eingedrungen ist, läßt sich sehr gut fertig werden. Wenn das zuweilen bei den jüngeren nicht voll zutreffen sollte, so wird mit Rücksicht auf das höhere Selbstbewusstsein verfahren, man sagt dann z. B. nicht mehr wie ehemals „Du Schafkopf“, sondern „Sie Schafkopf“. — Verschiedentlich wird berichtet, dass Besitzer, welche vernünftige Umgangsformen haben, auch nicht unter dem Arbeitermangel leiden. Jeder hat die Arbeiter, die er verdient,“ wird einmal gesagt, jedenfalls sehr richtig.

Eine der wichtigsten Folgen des Selbstbewusstseins der Arbeiter ist, dass sie sich nicht mehr bestrafen lassen. Das entlockt natürlich den Besitzern Klagen, weil dadurch die „Disziplin“ gelockert werde. In Wirklichkeit ist der Widerstand der Arbeiter gegen das Strafen nur ein Widerstand gegen reine Willkürakte, die bei dem patriarchalischen System allerdings einen Sinn haben, wo der Besitzer der „gnädige Herr“ ist, die aber natürlich nicht in eine Zeit passen, wo er nur „Unternehmer“ ist.

Der in der Natur der Sache liegenden Tendenz entsprechend, dass das Bild von der Lage der ländlichen Arbeiter, das uns in den Veröffentlichungen entrollt wird, die

Feuilleton.

Abdruck verboten.)

37

Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepniak.

Autorisirte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

„Andrej,“ rief das Mädchen aus, plötzlich weich werdend, „sagen Sie mir, warum Sie Ihr Betragen gegen mich seit einigen Tagen so verändert haben? Wenn Sie an mir etwas anzusehen haben, warum sagen Sie's mir nicht in brüderlicher Weise, wie Sie es früher zu thun pflegten? Und wenn Sie es nicht können, warum sollen wir uns gegenseitig so quälen? Ist es nicht besser, wir trennen uns und gehen jeder seiner Wege?“

Sie war nicht mehr böse, sondern traurig. Ihre Stimme war weich und milde. Andrej aber wurde noch um eine Nuance bleicher.

„Ich wünschte, ich könnte Sie verlassen, Tanja. Ich wünschte, ich wäre Ihnen überhaupt nie begegnet,“ sagte er mit lauter vernünftiger Stimme.

„Warum? Habe ich Ihnen —?“

Die plötzliche Vorahnung von etwas Ungeheuerlichem machte sie stocken.

„Sind Sie denn blind?“ sagte Andrej fast rau. „Sehen Sie nicht, daß ich Sie bis zum Wahnsinn liebe!“

Er richtete die Augen auf sie, und seine ganze Gestalt erzitterte vor plötzlicher Verwunderung, die in ein athem-

raubendes Entzücken überging. Hatte er recht gesehen? Ihr Antlitz leuchtete. Sie streckte ihm beide Hände entgegen, machte einen Schritt vorwärts, und alles war vergessen. Sie warf sich ihm an den Hals und brach in Glückstränen aus.

„Tanja, Liebste, Du bist mein! Ist es möglich? Du liebst mich?“ fragte er mit zitternder Stimme.

Sie presste ihn nur noch inniger an sich.

„Du quältest mich so sehr“, flüsterte sie.

„Bergieb mir. Ich hab' selbst so schrecklich gelitten, jetzt ist alles vorüber. Wir werden glücklich sein!“ rief er triumphirend aus. „Selbst die Götter werden uns um unser Glück beneiden!“

Er führte sie zu einem Stuhle und kniete an ihrer Seite nieder. Er bedeckte ihre kalten Hände und ihr glühendes verschämtes Gesicht mit Küssen. Er machte ihr das Geständniß seiner verkehrten Leidenschaft und fragte, wie sie dazu gekommen sei ihn zu lieben. Er verlangte Thatsachen, Bestätigungen, um sich des Glückes, welches wie aus den Wolken über ihn gekommen war, zu versichern.

„Ich glaubte, Du liebst Gregor,“ sagte er mit einem Lächeln, indem sich Verwirrung und Stolz mischten.

„Gregor ist der beste Mensch — viel besser als Du,“ sagte sie, ihre Finger an seine Stirn pressend. „Aber seit dem Abend, an dem Du mit mir bei uns zu Hause sprachst — befinnst Du Dich? — befaßest Du mein Herz. Es überkam mich immer mächtiger und mächtiger. . . Ich wußte nicht warum. Ich vermuthete als Strafe für eine Sünde meiner Vorfäter,“ sagte sie mit einem Lächeln, dem jungen Manne einen langen Liebesblick zuwerfend.

Der Schall der Glocke an der Eingangstür rief sie zur Wirklichkeit zurück. Es war die erste Abtheilung von

Arbeitern, welche zur heutigen Zusammenkunft bestellt waren.

Andrej ging, ihnen die Thüre zu öffnen. Das Mädchen empfing sie und machte sich wie gewöhnlich an die Arbeit. Sie sah nur ungewöhnlich schön aus, wie verklärt von der ruhigen Feierlichkeit eines großen Glückes. Andrej konnte aber das ungestüme Frohlocken seines Herzens nicht zähmen. Selbst Tanja's Gegenwart genügte nicht, um ihn in den Stand zu setzen, auf etwas anderes als seine eigenen Empfindungen Acht zu haben. Er verabschiedete sich von den Arbeitern und eilte hinweg.

Dranfen war ein bitterer Frost; der Winter hatte seine Herrschaft angetreten, Erde, Bäume, Häuser mit einem Reichthum bedeckend. Aber Andrej war unempfindlich gegen die Kälte, wie gegen seine ganze Umgebung. In seinem Herzen war ein sprudelnder Lebensquell, der seine Wangen erglänzen und das Blut rasch durch die Adern jagen ließ, als er in der Dunkelheit der frühen nordischen Nacht dahinwanderte.

Er träumte nicht; es war wahr, sie liebte ihn! Ihre Hände hatten um seinen Hals gelegen; er fühlte noch ihre Berührung. Ihr erster schüchternen Kuß brannte noch auf seinen Lippen. Jene blendende Schönheit, jener harmonische Geist, die Schätze, die er allein nur kannte — waren sein, alle sein, einzig und für immer sein! Die Welt um ihn, die Andern und er selbst — alles erschien ihm verklärt und erneut, und in der Tiefe seiner Seele, die noch nie zuvor so erregt gewesen war, sang eine frohlockende Stimme ein Loblied dem Gegenstande ihrer gemeinsamen Hingebung, welches ihm jetzt als ein lebendes Wesen erschien, zu dem man sprechen und das seine inbrünstigen Gelübde vernahmen könne. Er mußte, daß das Mädchen, welches er liebte, nie einen Blick

Dichtseiten scharfer zeigt, wie die Schattenseiten, erfahren wir wenig oder gar nichts über die Momente, welche die alten Zustände auflösen. Wir müssen uns mit einzelnen Zügen begnügen, die hier und da auffallen.

So wird aus dem Hildesheimischen berichtet, daß sich dort etwas Aehnliches entwickelt, wie das „Gangsystem“ seiner Zeit in England. Hier gehen zur Zeit des Rübenverziehens wohl an 100 Schulkinder unter Anführung eines Unternehmers 3—4 Wochen lang nicht allein auf den Feldern der Stadt, sondern auch auf den umliegenden größeren Wirtschaften in Arbeit gegen einen Lohn von 60 Pf. bis zu 1 M. — Die Arbeit des Rübenverziehens kann nur von Kindern geleistet werden; der Arbeiter muß dabei auf dem Boden knien und die weniger lebensfähigen Rübenpflänzchen ausziehen, damit die eine, welche stecken bleibt, Raum zur Entwicklung erhält. Erwachsene könnten die eigenthümliche Stellung nicht aushalten. Wenn die Kinderarbeit gesetzlich geregelt ist und darauf gesehen wird, daß sie nicht Gesundheits- und Sittlichkeits-schädigend wirkt, ist sie ja bekanntlich nicht nur nicht zu verwerfen, sondern sogar wünschenswerth, da sie dann die körperliche Entwicklung fördert. In der geschicktesten Weise aber, selbst wenn man die durch das Gangsystem in England hervorgerufenen furchtbaren Zustände nicht kennt, muß man annehmen, daß sowohl Gesundheit wie Sittlichkeit der Kinder ruiniert werden. Wer einmal eine solche Arbeit angesehen hat, wird zugeben, daß sie sehr anstrengend ist und ohne Nachtheil nicht länger als 3—4 Stunden ausgehalten werden kann.

Fast allgemein ist die Klage, daß die Wirtschaftlichkeit der Arbeiter, namentlich der Arbeiterfrauen abnehme. Die Gründe werden von den Berichterstattern natürlich in der „Genußsucht“ gefunden. Die Erscheinung ist im Sinn der Arbeiter gewiß bedauerlich, denn sie haben insofern keinen Vortheil von der Lohnsteigerung, ja stehen sich in vieler Hinsicht trotz des höheren Lohns sehr schlechter wie früher.

Bei den Industrie-Arbeitern ist die Ursache für die Unwirtschaftlichkeit der Frauen, daß die Mädchen in der Fabrik arbeiten müssen und den Haushalt nicht mehr so gründlich lernen können wie früher. Das kann der Grund bei den Landarbeitern nicht sein, denn hier sind die Frauen schon immer in der Produktion thätig gewesen. Die Ursachen mögen hier theilweise darin liegen, daß die produktive Hauswirtschaft immer mehr verschwindet: es wird nicht mehr gesponnen, geschneidert, da die Sachen billiger zu kaufen sind; dann aber auch in dem Schwinden der „patriarchalischen“ Zustände, unter denen früher die Hausfrau für das spätere wirtschaftliche Wohlergehen ihrer Mägde sorgte, indem sie sie anlernte. Die Frau des Bauern ist jetzt eine Dame geworden, die selbst nichts mehr von der Wirtschaft versteht; aber selbst wenn sie etwas verstände, hätte sie heute nicht mehr die Lust, sich mit den Mädchen zu beschäftigen; man sieht, das Schwinden der patriarchalischen Verhältnisse hat unter Umständen auch Nachteile für die Arbeiter.

Nach unserer Auffassung ist das ein Symptom der Zerlegung der gegenwärtigen Familienverhältnisse, welche einer höheren, die Individuen selbständiger machenden Entwicklung zustreben; momentan leiden die Arbeiter freilich darunter. Dem gleichen Zuge folgt auch die Lösung der Kinder, welche nicht mehr wie früher den Eltern den Lohn geben, sondern nur Kostgeld, das Uebrigste für sich behalten und eine möglichst selbständige Existenz zu führen suchen. Da wir nun einmal bei der Sozialdemokratie angekommen sind, so wollen wir zum Schluß noch einige amüsante Aeußerungen der Berichterstatter zitieren, welche uns betreffen.

Die Veränderungen unter den ländlichen Arbeitern sind im Wesentlichen spontan, ohne unsere Agitation entstanden, und beweisen allerdings, daß die Sozialdemokratie das Produkt der Verhältnisse ist und nicht von den Agitatoren gemacht wird. Die Besizer können sich das aber nicht denken: sie wittern überall die „sozialdemokratische Verhegung“. Was da für abenteuerliche Ideen herauskommen, zeigt ein Bericht aus Neulichen: „In vielen Dörfern sind schon Gasthöfe und Bäckereien in den Besitz von Sozialdemokraten übergegangen, die notorisch keinen Pfennig besitzen, aber große Anzählungen aus dem Parteifonds leisteten.“ Eine merkwürdige Ursache für die Sozialdemokratie hat ein Bericht in Holstein entdeckt: „Bei den Tanzgelagen haben sich die Kaufereien zum Theil unter Anwendung von Messern entschieden vermehrt und dienen auch zur Ausbreitung sozialdemokratischer Ideen.“

Ebenfalls aus Schleswig-Holstein hören wir das interessante Geständnis: „Eine günstige Wirkung habe die sozialdemokratische Landagitation insofern gehabt, als manche Landwirthe, welche früher wohl nicht in genügender Weise für ihre Arbeiter gesorgt hätten, sich nun, um der von den Sozialdemokraten ange-

strebten Unzufriedenheit entgegenzutreten, auf ihre Pflichten besonnen hätten, um mehr für ihre Arbeiter zu thun, als sie „ohne diesen Aufsporn wohl thun würden“.

Das Prognostikon, welches der sozialdemokratischen Landagitation gestellt wird, ist im allgemeinen nicht günstig. Es geht den Herren Gutsherrn, wie es in den sechziger Jahren den Industriellen ging:

Den Teufel spürt das Völkchen nie,
Und wenn er sie am Kragen hätte.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. April.

Die Militärvorlage. In Nürnberg hat am 4. d. M. ein Parteitag der bayerischen Konservativen stattgefunden, auf dem sämtliche Redner sich gegen die Militärvorlage erklärten. Die bayerischen Konservativen sind eine kleine, für Bayern bedeutungslose Gruppe, ihre Fierde ist der Renommirbauer Luz von Heidenheim am Hahnenkamm. Selbiger ist aber ein eifriger Fürsprecher der Vorlage und wird im Reichstage, wo er wie aus Livoli seine spasshaften Kapriolen schneidet, zu ihren Gunsten stimmen. Die „Germania“, die es wissen muß — Referent der Militärkommission ist der ultramontane Abgeordnete Gröber — theilt mit, daß der Bericht über die Kommissionsverhandlungen keinesfalls vor Ende April in der Kommission werde verlesen und festgestellt werden. Der Beginn der Berathung im Plenum sei also nicht vor Anfang Mai zu erwarten, die Entscheidung könne also kaum vor Mitte Mai fallen. Werde der Reichstag aufgelöst, so würden demnach die Neuwahlen etwa Mitte Juni stattfinden. —

Wie's gemacht wird. Nach der Brandes-Pöffe der „Fall Kurh“! Unsere Offizien lassen nicht ab, chauvinistisch zu hegen. Da ist ein deutscher Reichthalbesizersohn Namens Kurh, so angeblich in England und Frankreich Pferdestudien gemacht hat, in Rouen als Spion verhaftet, dann aber wieder freigelassen und des Landes verwiesen worden. Da die politische und militärische Spionage eine internationale Einrichtung aller „Kulturstaaten“ ist, darf man sich auch nicht über die Spioniererei beklagen, die öfters den Unschuldigen trifft, diesseits und jenseits des Rheins. Die französischen Behörden sollen nun, wie die „Kölnische Zeitung“ wissen will, verhindert haben, daß der inhaftierte Kurh sich rechtzeitig um Hilfe an den deutschen Vizekonsul in Rouen und an den Grafen Münster, unseren Pariser Botschafter, habe wenden können. Wir wissen nicht, ob dem so ist: hätte die „Kölnische“ Recht, dann wäre das Vorgehen der französischen Behörden auf's schärfste zu rügen. Es ist aber eitel Lug und Trug, nur ausgebeutet, um die Philister kopfscheu und für die Militärvorlage Stimmung zu machen, wenn die „Kölnische“ sabelt, „der Deutsche als solcher“ sei „in Frankreich schutzlos und rechtlos“, was übrigens eine feine Schmeichelei für die Weltmacht Deutschland ist, die nach der sonst in der „Kölnischen“ üblichen Auffassung „nichts fürchtet als Gott“. Sicher ist, daß der deutsche Bourgeois in Frankreich sich des besten Schutzes erfreut. Wo war aber die „Kölnische“ und wo war unsere Diplomatie, als deutsche Arbeiter vor einiger Zeit so schmähdlich in Frankreich behandelt wurden? Der „Vorwärts“ hat seiner Zeit diesen Fall ansfänglich behandelt. Ja, Bauer, das ist ganz etwas anderes. —

Septennatdrummel in zweiter Auflage. Treffend schreibt die ultramontane „Kölnische Volkszeitung“ über die Brandes-Pinderei: „Das Berliner Tageblatt“ macht wegen seines ausgewiesenen Korrespondenten nun schon bald vierzehn Tage einen Lärm, daß man sich eigentlich verwundert fragt, warum wir denn noch immer nicht den Krieg an Frankreich erklärt haben. Herr Brandes selbst, sowie der gesammte Redaktionsstab des Blattes bearbeiten den „sensationalen“ Fall in allen möglichen Formen, sogar in Feuilletons. Wenn man diese Reklameschreierei von Hoffe u. Co. beobachtet, gewinnt man immer mehr den Glauben, daß Herr Brandes und das Tageblatt gewaltig ausschneiden. Charakteristisch für das Blatt ist schon, daß es die Nachricht, wegen deren Brandes ausgewiesen wurde, zunächst in einer Form wiedergab, als stamme sie von einem eigenen Pariser Korrespondenten; sobald dieser für die „sensationalle“ Nachricht am Ohr genommen wurde, erklärte es enttäuscht, sie sei einer hiesigen Korrespondenz entnommen, und dann wurde mit der Ausweisung nur noch die Reklametrommel gerührt, wobei die „Nordd. Allg. Ztg.“ wacker half.“ Das Standaßblatt in der Jerusalemstraße ist ja berüchtigt durch seine in der

Redaktionsstube fabrizirten Original-Spezial-Telegramme aus aller Herren Ländern. —

Pump auf Pump. Wie aus dem Inseratentheil der Bourgeoispresse zu ersehen ist, wird außer der Reichs-Anleihe eine dreiprozentige preussische Anleihe ausgegeben werden und zwar soll die Subskription auf die neue dreiprozentige Reichs-Anleihe und preussische Konfols gemeinsam am 11. April zum Kurse von 86,80 Prozent stattfinden. Die ganze Anleihe soll 300 Millionen Mark betragen, wovon also auf das Reich rund 160 und auf Preußen 140 Millionen Mark entfallen würden. Freut Euch, Steuerzahler, der Militarismus preßt Euch den letzten Blutstropfen aus. —

Reichspolitiches. Der Gesekentwurf gegen gemeingefährliche Krankheiten ist dem Reichstage zugegangen. — In dem am 1. Juli in Kraft tretenden neuen amtlichen Waaren-Verzeichniß soll der „Weser-Ztg.“ zufolge, der Petroleum-Fabrikant aufgehoben werden. —

Revanche für Wohlgemuth. In den denkwürdigsten Dummheiten und Brutalitäten der Bismarckischen Sippen-Politik gehört die Affäre Wohlgemuth. Herbert, der „geniale Sohn“ des „großen“ Staatsmannes, hatte in seinem heißen Drange, die deutsche Diplomatie bis auf die Knochen zu blamieren, nicht genug an den Samoahändeln. Er provozierte rücksichtslos und tölpelhaft die Schweiz und vergewaltigte sie im Interesse jenes Polizeigenanten und Hochspizel-Werbers, dessen Lösung war: Wähle Sie nur tüchtig darauf los! Der junge Bismarck schätzte damals den agent provocateur und entriß ihn der schweizerischen Gerichtsbarkeit, die mit einem preussisch-deutschen Spion kein Federtesen gemacht, sondern ihn die Sträflingsjacke tragen und Wolle hätte rupfen lassen. Graf Herbert Bismarck belundete auch hier seine vollendete Unfähigkeit und Kompromittirte die auswärtige Politik des deutschen Reiches.

Doch dieser Abschnitt der Geschichte Bismarckischen Hausmeierthums, lächerlich und betäubend zugleich, hat erst jetzt seinen Abschluß gefunden. Der „neue Kurh“ knäppte das fröhliche Ende an den fröhlichen Anfang an. Während die zivilisirte Welt einmüthig jene Herbert'sche Rüpelkomödie verurtheilte, fand sich damals nur ein hereditärer Vertheidiger des Wohlgemuth-Handels. Das war Herr Dr. J. von Flugl-Hartung, zu jener Zeit Professor der Geschichte an der Universität Basel. Selbiger Flugl-Hartung, in seinen Fachkreisen berufen durch lärmenden Kampfeifer, im übrigen ohne Bedeutung, warf sich zum Fürsprecher der Bismarcke auf und veröffentlichte in den „Hamburger Nachrichten“ mehrere Artikel, worin er das Vorgehen Herbert's beschönigte und verherlichte, die Schweiz aber, die ihn bedauerlicher Weise aus dem mehr als bescheidenen Dunkel eines Zübinger Extraordinariats herausgehoben und ihm einen unverdient ehrenvollen Wirkungskreis gegeben hatte, auf das ärgste schmähte. Die Baseler Studentenschaft verstand allerdings keinen Spaß, und als die ihm zuge dachte Rahenmuß von der Polizei verhindert worden war, erklärte sie jeden für infam, der ferner ein Kolleg bei Flugl-Hartung besuchen würde. Dieser Boykott, nach irischem Muster, nicht nach mild-deutscher Sitte, wurde so vorzüglich durchgeführt, daß Herr Flugl-Hartung, gesellschaftlich geächtet, sich in Basel nicht mehr halten konnte. Segen eine Abfindungssumme von einigen tausend Franken und gegen die Zustimmung, daß er den Professortitel weiter führen dürfe, verließ er Basel und begnügte sich in Deutschland mit der anspruchslos-stillen Thätigkeit eines wenig beachteten Autors.

Dieser selbe Herr Flugl-Hartung, Herold und Märtyrer Herbert Bismarck'scher Diplomatie, ist toeben — dem Verdienste seine Krone — unter Uebergebung einer Reihe der verdientesten und tüchtigsten, lange Jahre im Amte thätigen Archivbeamten, zum preussischen geheimen Staatsarchivar ernannt worden. Das Ministerium Eulenburg-Caprioli-Vosse hat Herbert Bismarck's Dantesquid mit Ginz und Finseginz abgetragen.

Die Basler, die Flugl-Hartung's Verdienste zu schätzen verstanden, werden daraus lernen, daß die aus ihrem „wilden Lande“ Herausgeboytoteten im Lande der Dichter und Denker für würdig befunden werden, wissenschaftliche Aemter ersten Ranges zu besetzen. Nun fehlt uns nur noch der Ritter der rumänischen Krone und Schützling des v. Stumm, Herr Julius Wolf, der Sozialistenböder. Wenn die Eidgenossenschaft auch diesen Heros der Schwere und des Kleinfertopfes und auslieferie, dann erst wäre Wohlgemuth „voll und ganz“ gerächt. —

Preussisches. In Preußen wird auf grund des Gesetzes vom 21. Mai 1861 in den Jahren 1893 und 1894 eine allgemeine Revision der Gebäudesteuer stattfinden. Da die letzte Revision in den Jahren 1878 und 1879 erfolgte und nach § 20 dieses Gesetzes die Veranlagung alle 15 Jahre einer Revision zu unterwerfen ist, so wird die gegenwärtige Veranlagungsperiode mit dem 1. Januar 1895 ablaufen. Mit der Revision der bestehenden Veranlagung wird jetzt begonnen. Dazu bedarf es einer neuen Aufnahme der Gebäude, sowie der Ermittlung der Mietthen und der Abschätzung der von den Eigenthümern zc. benutzten Räume. — Das Verzeichniß der unerledigten Vorlagen ist in beiden Häusern des Landtages erschienen. Das Abgeordnetenhaus hat nicht mehr und nicht weniger als noch sechzehn Regierungsvorlagen, einschließlich des Wahlgesezes und der Steuereseze, zu erledigen. — Der parteiamitlichen „Nationalliberalen Korrespondenz“ zufolge beabsichtigt die nationalliberale Partei des Abgeordnetenhauses ihre in der zweiten Lesung des Wahlgesezes abgelehnten Anträge bei der zweiten am 11. April stattfindenden Abstimmung zu wiederholen. Die Anträge beziehen sich, wie bekannt, auf die Anrechnung der Einkommensteuer über 2000 M. und auf die Drittelung der Urwahlbezirke. Daß die Vertreter von „Bildung und Besitz“ trotz der lärmenden Kundgebungen der „Kölnischen“ gegen den am Wegelauernden Miquel ihren Sonderantheil retten könnten, ist nicht voranzusehen. So werden die rheinischen Geschlechter nationalliberaler Färbung sich in der Gemeindegewalt mit den Ultramontanen theilen müssen. —

Kriegervereine und Militärvorlage. Wie anderwo so werden auch und mit in erster Linie im liberalen Musterland Baden die Kriegervereine zur Förderung ordnungsparteilicher und regierungspolitischen Ziele beunigt. In einem Artikel eines badischen Amtsblattes, eines Amts-

auf ihn geworfen hätte, wenn er der großen Sache, welcher sie beide angehörten, nicht so treu gewesen wäre.

Seine Gedanken wandten sich Gregor zu und eine reumüthige Zärtlichkeit erfüllte sein Herz. Wie roh er sich demselben gegenüber benommen hatte; wie plump er seine nicht wankende Güte aufgenommen hatte. Ja, er mußte direkt zu ihm hingehen, sich vor ihm rechtfertigen und ihm sagen: Bruder, ich habe gesündigt vor dem Himmel und Dir.

Gregor war zu Hause, unter seinen Büchern und Manuskripten vergraben. Sobald er Andrej's Gesicht sah, wußte er sofort, was ihn herführte. Er schien auf das, was ihm Andrej zu sagen hatte, lange vorbereitet zu sein.

Bei den ersten Worten hemmte er Andrej's plumpe und verwirrtes Bekenntniß, drückte ihm die Hand und wünschte ihm Glück. Kein Schatten der Eifersucht konnte, als er auf seinen glücklichen Nebenbuhler blickte, in den großen blauen Augen entdeckt werden. Dies überraschte Andrej gar nicht, denn er wußte, daß es so sein würde. Es kam ihm aber sehr sonderbar vor, daß Gregor dies alles ganz selbstverständlich aufnahm.

„Ich wußte schon vor Monaten, daß sie Dich liebte,“ sagte Gregor ruhig.

„Wirklich? Wie ist's aber möglich?“ fragte Andrej. „Auf die einfachste Weise; sie sagte es mir selbst bei einer Gelegenheit.“

Er hielt einen Augenblick inne, als ob er von einer Erinnerung fortgerissen würde.

„Ich war genöthigt, mich stumm wie ein Fisch zu verhalten,“ fuhr er fort. „Sonst hätte ich gesprochen.“

„Gesprochen? Zu wem?“

„Natürlich zu Dir. Zu wem sonst?“

„Bitte, Gregor, erzähle mir das nicht alles auf einmal, wenn Du mich mit Deinen außerordentlichen Tugenden nicht ganz zermalmen willst,“ sagte Andrej, indem er seine Bewirrung unter einem scherzhaften Tone zu verbergen suchte.

Gregor zuckte mit den Achseln.

„Was redest Du von Tugenden. Es wäre nur eine Folgerung meiner Liebe für Euch beide. Hättest Du an meiner Stelle nicht ebenso gehandelt?“ sagte er, einen schlauen Blick scheinbarer Emsalt auf seinen Freund richtend.

Andrej färbte sich ganz dunkel vor Scham. Er wußte, daß er nicht so gehandelt hätte. Es schmerzte ihn einzugesehen, daß er eine größere Natur habe.

Als Gregor sah, wie gut seine Bemerkung getroffen hatte, brach er in ein herzliches Gelächter aus, welches so frei von jeder Bosheit war, daß Andrej sich erleichtert fühlte und er schließlich auch mitlachte.

Dann hielt Gregor inne und sagte ernst: „Ich hoffe, Du wirst nicht eifersüchtig sein, weil ich Tanja nach Moskau begleite.“

„Nein, bis zu dieser Art Eifersucht bin ich nicht gesunken und werde es hoffentlich nie,“ rief Andrej lächelnd aus. „Du mußt mich nicht für schlechter halten, als ich bin.“

(Fortsetzung folgt.)

verfändiger, heißt es wörtlich, die Kriegervereine hätten gerade für die Militärvorlage einzutreten; sie werden stets für die vaterländische Politik ihre Stimme erheben, denn das war ja Ziel und Zweck ihrer Gründung. Wie an jeden einzelnen, so tritt ganz besonders jetzt an jeden alten Soldaten, der seinen Fahnen-Eid noch hoch hält, so tritt an jeden Kriegerverein, der seinem Wahlspruch getreu handelt, die Pflicht heran, die weise Fürsorge unseres Kaisers mit allen Kräften zu unterstützen und zu fördern. Namentlich für die letzteren gilt es, jetzt zu zeigen, daß sie die Hauptaufgabe, die ihnen gestellt ist, die Vertheidigung des Vaterlandes im Innern und die Wahrung seiner Interessen richtig erkennen. Hoffentlich werden die Kriegervereine sich durch das Geschrei der Opposition, das ja nur ihre Angst vor deren Macht kennzeichnet, nicht abhalten lassen, dem Vaterland gegenüber voll ihre Schuldigkeit zu thun, und besonders, wenn es zur Neuwahl des Reichstages kommen sollte, durch das Gewicht ihrer Stimmen der guten Sache zum Siege verhelfen! Besondere Bedeutung giebt der Umstand, daß die „Badische Korrespondenz“ den Artikel ohne Einschränkung sich zu eigen gemacht hat. Sie ist das offizielle, aus allgemeinen Staatsmitteln unterstützte Organ des Ministers Eisenlohr. So werden die „politischen Vereine“ trotz Vereinsgesetzen und anderer für Arbeiter-Organisationen schneidig angewendeten Vorschriften in den Dienst des Molochs Militarismus gestellt. —

Zur Dortmunder Reichstags-Elfahrt theilt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ mit, daß schon seit November v. J. zwar gerüschlos, aber fleißig und mit Erfolg seitens der nationalliberalen Parteileitung an der Neuorganisation im Stadt- und Landkreise Dortmund gearbeitet worden ist, und daß zur bevorstehenden Reichstags-Elfahrt die Vorarbeiten in der Stadt Dortmund als abgeschlossen zu betrachten sind. Es ergibt sich daraus, daß die Dortmund nationalliberale Parteileitung schon längst die Ungültigkeitserklärung der Wahl Möllers vorausgesehen hat. Organisation bedeutet bei den Grundbesitzern und Güttenbaronen Wahlbeeinflussung. Die Arbeiterschaft wird diesmal, so hoffen wir, den schonlosen Machenschaften der Gentlemen einen eisernen Widerstand entgegenzusetzen können. —

Leuschner heraus! Dem Eislebener „Reichsboten“ und Ober-Bergschreiber Leuschner hat das Angebinde verschmüpft, welches ihm der „Vorwärts“ am 4. März darzubieten sich erlaubte. Wie unsern verantwortlichen Redakteur Wilh. Schröder heute auf dem Polizeipräsidium eröffnet wurde, ist seitens des Herrn Leuschner ein Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft eingegangen, wegen einer Beleidigung, die der angeführte Aufsatz nach Ansicht des Berggewaltigen enthalten soll. Will Herr Leuschner ein Täuzlein mit uns wagen, nun, so können wir ihm versichern, daß wir mit Schmerz, so doch mit Fassung uns auf das Schreckliche gefaßt machen und nach Gebühr versuchen werden, ihm in unserer Weise vor Gericht einzuspielen. Ob ihm die Melodie behagen wird, ist allerdings eine andere Sache. —

Der Zentrumssturm. Die kaiserlichen Bauern machen Front gegen die ultramontanen Vertreter. So auch in einer Bauernversammlung in Schierling. Das „Bayerische Vaterland“ schreibt über die mißgünstige kirchliche Lage und Lobrede des geistlichen Redners Mahler: „Die Rede des Herrn Präses begann mit Angriffen auf die Sozialdemokratie. (Hört! Hört! Bedel und Lieblrecht, eure Stunde hat geschlagen!) Daß die Sozialdemokraten vor der Arbeit Reichthum nehmen, ist etwas ganz neues. Vielleicht war alles, was die unschuldige Blöße des Herrn Präses bedeckte, von „arbeitscheuen Sozi“ gewebt und gesponnen.“ Vor dem rothen Gespenst grüßelt es die altbayerischen Landleute auch gar nicht mehr. —

Fußangel. Die Zentrumsfraktion rückt Herrn Fußangel immer näher, wie wir es von Anfang an vorausgesagt. Der Aufnahme Fußangel's in die Zentrumsfraktion, so äußerte Abg. Im walle in einer Versammlung der Zentrumsparthei in Hamm, stände nichts entgegen. Doch mühte zuvor der Widerruf von Seiten des Herrn Fußangel in betreff seiner Auslassung von einem linken und einem rechten Flügel des Zentrums erfolgen. Hoffentlich fände eine Einigung statt. An der Thatfache, daß die Zentrumsfraktion in Olpe-Meschebe eine schwere Niederlage erlitten hat, ändert dies Versöhnungsfest nichts. —

Nationalliberale Offenheit. Aus Baden wird der „Nationalliberalen Korrespondenz“ geschrieben: „Nächstens stehen hier wieder Landtagswahlen bevor, und zu den an diesem Anlaß viel erörterten Fragen gehört auch diejenige des badischen Landtagswahlrechts. Für Baden besteht ein allgemeines gleiches aber indirektes Wahlrecht durch Wahlmänner. Von den Demokraten und Ultramontanen wird die Befreiung des indirekten Wahlverfahrens seit langer Zeit gefordert, sobald alsdann das schrankenlose Reichstagswahlrecht im wesentlichen auch für die Landtagswahlen gültig sein würde. Merkwürdigerweise findet sich nun diese Forderung auch in dem neuesten Programm der badischen Nationalliberalen. Sie widerspricht geradezu dem sonst wenigstens in gemäßigten politischen Kreisen herrschenden Zuge der Zeit, der eher auf Mittel zur Beschränkung als zur Erweiterung der Wahlbarkeit zielt. Die indirekte Wahl bietet doch immer eine Schranke gegen das Vordringen radikaler und auch ultramontaner Bestrebungen, wie ein Vergleich der badischen Reichs- und Landesvertretung lehrt. Es ist nicht einzusehen, was für ein Interesse gemäßigten politischen Richtungen an der Niederreißung dieser Schranke haben sollten. Man scheint da ein bisschen zu sehr Populäritätshaserei getrieben und daneben wohl auch die Ueberzeugung gehabt zu haben, daß jene Forderung doch nicht durchdringe. Die Regierung wird darauf sicherlich nicht eingehen, und vielfach hegt man auch in gemäßigten liberalen Kreisen starke Zweifel an der Zweckmäßigkeit der Aufhebung der Forderung.“

Ueber die Beweggründe ihrer badischen Parteigenossen in Sachen der Wahlreform wird die „Nationallib. Kor.“ gewiß recht gut unterrichtet sein. Im übrigen bedarf der Liberalismus des Gentlemen-Küngels keinen Kommentar. Wähler, seid auf der Hut! Das Reichstags-Wahlrecht ist ein Angriffspunkt für die blaue und schwarze Reaktion. —

Die bayerischen Landtagswahlen werden voraussichtlich für die vierte Juniwoche angesetzt. Für die Arbeiterpartei kommen in erster Reihe München, Nürnberg, Bamberg, Würzburg, Ludwigshafen in Frage; sie hat überall gegen das von uns zur Genüge gekennzeichnete Bourgeoispartei zu kämpfen. —

Mißhandlungen Deutscher in Brasilien. Wie bereits gemeldet, sind jüngst in Brasilien gegen Deutsche schwere Ausschreitungen vorgekommen. Unter den Mißhandlungen wurde auch ein gewisser Friedrich Hünfel genannt. Der „Reichs-Anzeiger“ schreibt nun in seiner Donnerstag-Ausgabe: „Weglich des Friedrich Hünfel, der am 1. November v. J. bei seiner Verhaftung von der Polizei in Porto Alegre in den Rücken geschossen worden und nach wenigen Tagen seiner Verwundung erlegen war, ist dies nicht der Fall. Er war Deutsch-Brasilianer, und es war aus diesem Grunde die Angelegenheit mit Rücksicht auf die brasilianische Staatsangehörigkeit des Getödeten der amtlichen Einwirkung der deutschen Vertreter in Brasilien völlig entzogen. Eine weitere Ausschreitung der brasilianischen Polizei hat am Weihnachtsabend des vergangenen Jahres in Sao Paulo bei Gelegenheit des Weihnachtsfestes des dortigen Deutschen Allgemeinen Arbeitervereins stattgefunden, wobei zwei Reichsangehörige mit der blanken Waffe verletzt und ihre Musikinstrumente vernichtet worden sind. Der brasilianische Minister des Auswärtigen hat gegenüber dem kaiserlichen Vertreter in Rio, der sich der Interessen der Geschädigten ohne Verzug warm angenommen hat, eingeklagt, daß die Polizei-Organen im Unrecht gewesen seien, und die Entlassung der Schuldigen aus dem Polizeikorps versprochen, während die Frage der Entschädigung der betroffenen Reichsangehörigen gegenwärtig noch der Erörterung zwischen dem kaiserlichen Konsul in Sao Paulo und den dortigen Lokalbehörden unterliegt. Was endlich den dritten zur Sprache gebrachten Fall anlangt, der sich am Sonntag vor Fastnacht in Curitiba im Staate Parana zugetragen haben soll, so ist der diplomatische Vertreter des Reichs in Rio telegraphisch angewiesen worden, den Sachverhalt zu untersuchen und, wenn die Interessen von Reichsangehörigen dabei verletzt worden sein sollten, bei der brasilianischen Regierung mit allem Nachdruck die energische Bestrafung der etwa schuldigen brasilianischen Beamten, sowie die Gewährung einer vollständigen Entschädigung für die betroffenen Deutschen zu beantragen.“ Es ist erfreulich, daß die Reichsregierung energisch eingeschritten ist. —

Diäten drüben und haben. In einer Besprechung des englischen Parlamentarismus sagt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: „Unter solchen Voraussetzungen (der Demokratisierung der öffentlichen Einrichtungen) ist es dann ganz logisch, daß den Mitgliedern des Reichstags in Westminster Diäten bezahlt werden. Es werden ja künftig nicht mehr vorzugsweise „Squires“ dort Sitz und Stimme haben, also Persönlichkeiten, welche vermöge ausreichenden privaten Besitzes und darauf gegründeter sozialer Stellung die Führung der Geschäfte des Volkes im Ehrenamt besorgen. Es werden vorwiegend in Westminster Männer sitzen, welche sich in den aus einem nahezu unbeschränkten Stimmrecht hervorgegangenen Versammlungen als Freunde der breiten Schichten des Volkes bewährt haben oder welche in ihrem Denken und in ihrer öffentlichen Haltung mit dem Geiste, der in diesen Versammlungen herrscht, sich im Einklang halten.“

Wenn aber der auf das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht gegründete Deutsche Reichstag Tagesgelder fordert, so wirft der Bundesrath unter dem Vorwand der Offizialen — ihnen allen voran das Pindertblatt — den Diätenbeschlus in den Papierkorb. —

Italien. Die Einnahmen des Staatsschatzes in den neun ersten Monaten des Finanzjahres 1892/93 überstiegen diejenigen der gleichen Periode im Jahre 1891/92 um 22/10 Millionen. Trotz des künstlich aufgeschwungenen Budgets ist der italienische Staat, dessen Kassen der chronische Unterschleiß seiner höchsten Beamten leert, in schweren Nöthen. Panamino! —

Väterchen. Der „Standard“ führt zum Beweise dafür, daß der russische Selbstherrscher die Revolutionäre stets auf den Fersen habe, folgenden Vorfall an. Als jüngst der Zar ein mit den Bildern der Mitglieder der Familie angefülltes Album durchblätterte, fand sich unter ihnen die Photographie eines Nihilisten, der wegen Vertheiligung an der Ermordung Alexanders des Zweiten hingerichtet worden. Die Photographie war voll unterzeichnet, aber niemand wußte, wie sie ins Album gekommen. Ganz gleich, ob dies Geschichtchen wahr ist, der Javismus wandelt allerdings auf vulkanischem Grunde, und die furchtbare Erbitterung der Unterdrückten ist ein „trefflicher Winter“, dem am Ende keine Gewaltmaßregel Einhalt thun wird. —

Soziale Ueberflut.

Zum Schneiderstreik. Die Situation ist un verändert. Verschiedene Geschäftsinhaber, namentlich im Potsdamer Viertel, haben wiederum die Forderungen bewilligt. Wir verweisen die Kollegen auf die Bekanntmachungen im Annoncenbeil des „Vorwärts“ und fordern dieselben gleichfalls auf, in keinem Geschäft Arbeit zu nehmen, welches nicht durch uns als geregelt bekannt gegeben ist. Die vollständige Liste der betreffenden Geschäfte ist in unserem Bureau, Schützenstraße 18/19, einzusehen. Ebenfalls liegen dort die Tarife zur Ansicht jedes Arbeitstuchenden aus. Bis heute haben 142 Geschäfte die Forderungen bewilligt. Bei eintretenden Balancen in den geregelten Geschäften sollte man unserm Zentral-Arbeitsnachweis Nachricht zukommen lassen, damit diese Stellen von dort aus besetzt werden. Für Moabit tagt am Montag den 10. April, Abends 8 1/2 Uhr im Viktoria-Salon, Berlinbergstr. 18, eine öffentliche Versammlung; Kollege August Fäterow referirt über das Thema: Der augenblickliche Streik und die Berechtigung der aufgestellten Forderungen. Durch Flugblatt wird noch besonders zum Besuch der Versammlung aufgefordert werden.

Die Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins. **Achtung Bildhauer!** Der Vorstand der Ortskrankenkasse der Bildhauer, Studiare etc. macht bekannt, daß am Montag, den 10. April, Abends 8 1/2 Uhr, die Generalversammlung bei Volk, Alte Jakobstr. 75, stattfindet. Wir erwarten, daß die Delegirten am Plage sind.

In der Schuhfabrik von J. C. Burkhardt u. Sohn in Leipzig sind zwischen Prinzipal und Personal Differenzen entstanden, infolge deren letzteres um strenge Fernhaltung des Zugangs bittet.

In Gifhorn und Nachbarorten haben die Maurer die Arbeit eingestellt, nachdem die Meister es abgelehnt hatten, den

zehnstündentag unter Beibehaltung des bisherigen Lohns zu bewilligen.

Die Maurer und Zimmerer Danzigs haben sich die zehnstündige Arbeitszeit erlassen. Sie arbeiten von 6 bis 8 Uhr mit den üblichen 2 Stunden Pause. Früher war die Arbeitszeit eine halbe Stunde länger.

Die Schuhmachergehilfen in Mech haben am 27. März die Errichtung eines „Eisach-Vothringischen Unterstuhungsvereins für Schuhmacher“ beschlossen.

Ueber eine raffinierte Unternehmerpraktik, daß in Spinnereien und mechanischen Webereien herrschende Prämien-Lohnsystem, wurde kürzlich im Textilarbeiter-Verein in Lechhausen ein Vortrag gehalten. Es ging daraus hervor, daß — wie der „Textilarbeiter“ berichtet — die Prämie einfach ein Theil des Lohnes ist, der demjenigen, die durch schlechtes Material, Kränklichkeit oder nicht genügende Fertigkeit das benötigte Pensum nicht erreichen können, zurückbehalten wird. Ferner kann dieser Lohntheil — Prämie genannt — durch größere und kleinere Fehler in der Waare dem Arbeiter entzogen werden. Die geringste Strafe von 25 Pf. kann einen Prämienverlust von 1.90 M. zur Folge haben. Bei einer Strafe von 1 M., die auch nichts seltenes ist, können sogar zwei Prämien verloren gehen. Das ist höchst ungerecht. Weiter betonte Redner, daß durch sonstige Vorkommnisse, wie Reparaturen, Zettelwarten, Betriebsstörungen, Versetzen auf andere Stühle, der Arbeiter nicht unbedeutend geschädigt werden kann. Sobald ein Arbeiter drei bis vier Tage krank ist, kann es vorkommen, daß er nicht eine einzige Prämie erreicht. Ferner sind Prämien auf den Tabellen verzeichnet, die unter keinen Umständen erzielt werden können, und die nur deshalb darauf stehen, um sie einem inspizierenden Beamten oder dem Gewerbeinspektor zeigen zu können. Der Zweck dieses in den meisten Spinnereien und mechanischen Webereien obligatorisch eingeführten Prämien-systems ist, die Leistungsfähigkeit der Arbeiter auszuheben. Die oben angeführten Mittel sind nur dazu da, um den Lohn zu verschlechtern. Der Redner hob ganz besonders hervor, daß es Aufgabe aller in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sein muß, dieses vom moralischen Standpunkt verwerfliche System zu beseitigen und dafür einen fixen Lohn zu fordern.

In Altsenburg tagte zu Ostern die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Vereins. Die Zahl der Delegirten betrug circa 90. Aus dem Bericht des Vorstandes ging hervor, daß der Verband am 31. Dezember 1892 27 000 Mitglieder hatte, welche sich auf 818 Filialen vertheilen; ausgedehnt wurden von den Behörden zwei Filialen, ferner ist hervorzuheben, daß fast überall die Organisationen durch die Polizei zu leiden hatten. Die Einnahme des Verbandes betrug von August 1891 bis 31. Dezember 1892 211 928,42 M., die Ausgabe 197 589,05 M., der Vermögensbestand am 31. Dezember 1892: Hauptkasse 1730,59 M., Filialstellen 12 008,78 M., in Summa 14 237 M., die Schulden des Verbandes am 31. Dezember 1892 9905,25 M., Bilanz: Vermögensbestand 14 237,77 M., Schulden des Verbandes 9905,25 M., somit reines Vermögen 4432,52 M. Der Kassenbestand der Hauptkasse betrug am 1. April 8406,68 M.

Der Verbandstag des Deutschen Tischlerverbandes, der zur selben Zeit in Kassel verhandelte, war von 61 Delegirten besucht. Die auf ihm gegebene Abrechnung über die letzten beiden Jahre enthält folgende Posten: Gesamt-Einnahme in beiden Jahren 238 688,62 M., Ausgaben an Reise-Unterstützung 54 152,97 M., Gemahregelten-Unterstützung 4434,66 M., Rechtschutz 6290,95 M., Agitation 6097,45 M., Unterstützung in Nothfällen 2303,00 M., sonstige Ausgaben 1499,03 M., 35 pCt. der Verkaufserlöse 74 892,80 M., Tischler-Zeitung 45 764,67 M., Gehälter u. s. w. 10 570,08 M., sonstige Verwaltungsausgaben 15 986,00 M., an die Generalkommission 2240,00 M., Unkosten vom Gewerkschaftskongress 1861,10 M., Summa 228 174,72 M.; Ueberbisch 10 463,90 M.

Der diesjährige Arbeitertag des Schweizerischen Arbeiterbundes, der dieser Tage in Biel verhandelte und von 92 887 Mitgliedern durch insgesamt 271 Delegirte besucht war, nahm einstimmig folgende Thesen unser Parteigenossen, des Arbeiterssekretärs Greulich über die Einführung der obligatorischen eidgenössischen Unfall- und Krankenversicherung an: 1. Die Beiträge zur Krankenversicherung (auf Krankengeld) werden ausschließlich von den versicherten Arbeitern selbst getragen, unter deren Selbstverwaltung die Krankenkassen stehen. 2. Die Beiträge für unentgeltliche Krankenpflege (ärztliche Hilfe, Heilmittel und nötige Spitalverpflegung) geschieht durch den Bund unter Mitwirkung der Kantone und Gemeinden. 3. Die Organisation der Krankenkassen nach Berufs- oder Erwerbsgruppen ist so viel als möglich zu erhalten und besonders zu berücksichtigen Fabrik- oder Betriebskrankenkassen haben sich in solche der entsprechenden Berufs- oder Erwerbsgruppen umzuwandeln. 4. Die Beiträge zur Unfallversicherung werden ausschließlich von den Gewerbetreibenden getragen. 5. Die Krankenkassen besorgen die Unterstützung der Unfallbetroffenen bei der Erwerbsunfähigkeit bis zu vier Wochen auf Rechnung der Unfallversicherung.

Greulich hatte seine Thesen unter Bekämpfung des Forrer'schen Segenstwurfes begründet, der zur Zeit einer vom Bundesrath bestellten Kommission vorliegt, und betonte besonders die Nothwendigkeit der Selbstverwaltung der Arbeiter in bezug auf die Verwaltung, was im Interesse ihrer Organisation und Emanzipation liegt.

Nationalrath Dr. Decurtius hielt hierauf einen Vortrag über die internationale Arbeiterschutzes-Gesetzgebung. Man höre oft, daß der Gedanke der internationalen Arbeiterschutzes-Gesetzgebung ein Traum, eine Chimäre sei. Das habe man schon von mancher Idee gesagt, die doch verwirklicht worden sei. Wäre seiner Zeit die internationale Konferenz für Arbeiterschutzes-Gesetzgebung, statt nach Berlin, nach Venedig einberufen worden, so wäre sie wahrscheinlich nicht so resultatlos verlaufen. Dr. Decurtius begründete dann folgende Thesen: 1. Die organisierten Arbeiter der verschiedenen Länder sollen durch Vorträge, Versammlungen und Broschüren eine lebhaftere Agitation für Erlass einer internationalen Arbeiterschutzes-Gesetzgebung erhalten. 2. Die organisierten Arbeiter sollen bei Ausübung ihrer politischen Rechte, vorzüglich bei Wahlen, ihren Einfluß dahin geltend machen, daß die internationale Arbeiterschutzes-Gesetzgebung in den gesetzgebenden Körperschaften besprochen wird und zur Ausführung gelangt. 3. Dem Bundesvorstand wird der Auftrag erteilt, eine Versammlung der Delegirten der organisierten Arbeiter der verschiedenen Länder zur Besprechung und Beschlußfassung über die Fragen der internationalen Arbeiterschutzes-Gesetzgebung zu veranstalten. 4. Die katholischen Arbeiterorganisationen werden eingeladen, eine internationale Agitation zur Verwirklichung der Arbeiterschutzes-Gesetzgebung niederzulegen, zu entfalten.

In der Diskussion bekämpfte Advokat Färholz von Solothurn Punkt 4 der Thesen. Redakteur Seidel beantragte unter Hinweis auf den Züricher internationalen Sozialkongress die Streichung der These 3. Scherrer von St. Gallen stellte den Vermittlungsantrag, die internationale Arbeiterschutzes-Gesetzgebung auf die Tagesordnung des Züricher Kongresses zu setzen und sie auch bei den künftigen Kongressen zu berücksichtigen, ferner die Erwartung auszusprechen, daß die katholischen Arbeiterorganisationen ihrerseits ebenfalls international für diese Frage wirken werden. Diese beiden Anträge wurden schließlich angenommen und ebenso die ersten drei Thesen Decurtius.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 6. April.
Oprenhaus. Italien und Bastienne.
Wajaji. Slavische Brautwerbung.
Neues Theater. Des Meeres und der Liebe Wellen.
Deutsches Theater. Zwei glückliche Tage.
Berliner Theater. Graf Eber.
Festung-Theater. Heimath.
Wallner-Theater. Nonneur Alphonse.
Er experimentirt.
Aroll's Theater. La Traviata.
Festung-Theater. Die beiden Champignol.
Adolph Ernst-Theater. Goldlotte.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Orpheus in der Unterwelt.
Thomas-Theater. Standhafte Liebe.
— Wenn man im Dunkeln läßt.
Viktoria-Theater. Die Reife um die Welt in achtzig Tagen.
National-Theater. Die Perse.
Alexanderplatz-Theater. Die Konfessionseuse.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Baummann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Zum 6. Male:
Goldlotte.
Gesangspöffe in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Maunzfeld.
Couplets theilweise v. G. Görs.
Musik von G. Stoffaus. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anf. 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.
Novität! Novität!
Der Dussel
(Nulpus)
Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner.
(Klemm, Ede., Martin Bondix.)
Alfred Bender
in seinem neuesten Originalvortrag
Der Volksmund in Berlin.
Blank, der beste Bauchredner.
Unhaltender Erfolg.
Die Trockenwohner.

Passage-Panopticum.
Neu!
Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.

Castan's Panopticum.
Ahka-Zwerginnen.
Elektrisches Orchester.
Neue Illusion: Lotusblume.
Andere Illusionen.
Fantoché-Theater.
Castan's Irrgarten. Schreckenskammer.

Kaufmann's Variété
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Große
Spezialitäten-Vorstellung
Vollständig neues Programm.
J. Thaler, Kopsequilibrist, Schnellzeichner.
Geschwister Wager, Schwertkämpferinnen.
Truppe Marnitz-Gasch, Marmor-Tableau.
Henry Bender, Gesangshumorist.
Truppe Volter, Exercitios comic.
Mr. Henry, Jongleur auf der rollenden Kugel.
Max und Lilly Gläser, Gesang-Duettisten.
Brothers Gasch, Akrobatische Clowns.
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Entrée 50 Pf.

Circus Renz.

(Karlstraße.)
Freitag, den 7. April,
Abends 7 Uhr:
Parade-Galavorstellung.
Ein Künstlerfest.
Große Ausstattungs-Pantomime.
Neue Einlagen mit überraschenden Licht- u. Wasser-Effekten. Ballet von 100 Damen. Glänzender Blumen-Corso.
Grosses Brillant-Feuerwerk.
Außerdem: Mr. James Pillis mit dem Schulpferde Germal. 4 Fahnenpferde, vorgeführt vom Dir. Fr. Renz etc.
Morgen, Sonnabend, Abends 7 1/2 Uhr:
Ein Künstlerfest.
Sonntag zwei große Vorstellungen, Nachmitt. 4 Uhr (ein Kind unter 10 Jahren frei) und um 7 1/2 Uhr.
Billet-Vorverkauf an der Zirkus-Kasse u. beim „Invalidenten“, Marktgrafenstraße 51a.
Fr. Renz, Direktor.

Neue freie Volksbühne.
Sonntag: Keine Vorstellung.

Etablissement Buggenhagen.
Morgens. Nachmittags. Abends.
Täglich: Instrumental-Konzert.
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Auswahl von Vahnhof's Lagerbier, hell und dunkel.
An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
Entrée Wochenent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
Säle für Versammlungen, Kommerz, Festlichkeiten etc.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 8906L.
am diesigen Platze wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Bitte lesen Sie!
Jedem Genossen, der billig und gut kaufen will, empfehle mein sehr reiches Lager von ca. 1000 Sommer-Paletts, 2000 Anzüge, sowie einzelne Röcke, Paquets, Hosen, Westen etc. Ferner Uhren, Ketten, Ringe, Ketten, Wäsche, Stiefel, Güte, Reise- u. Holzkoffer, Wäsche etc. Sämtliche Sachen in alt und neu, auch werden verfallene Pfänder verkauft.
A. Wergien,
Schneidermeister und Parthiehandlungs-Gändler, 8768L.
127 Staligerstraße 127.
Bestellungen nach Maß werden gut und billig ausgeführt.
Bitte sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten.

Bruchbänder,
chirurg. Gummivaaren, Gummistrümpfe, Geradhalter, Leibbinden, Spritzen, Suspensor's etc. Umstandsbinden, medicin. Verbandstoffe, Brillen etc., Pincenez, sowie Artikel aller Art zur Krankenpflege empfiehlt
J. Ch. Pollmann, gepr. Bandagist, Berlin, 30 Lindenstrasse 30.
Lieferant für die vereinigten Hilfs-Krankenkassen.

Fischerei-Verkauf. Wegen Verzug nach außerhalb muß ich meine gut gehende Wobeltischlerei verli. Monatliche Einnahme bis 1000 M. Preis 400 Thlr. Käufer wollen ihre Adresse unter L. J. 635 in der Filial-Exp. von R. Mosse, Prinzenstr. 41, niederlegen.

Hierdurch die ergebene Mitteilung, daß mit dem 1. April ex. unser Geschäftsbetrieb Otto Sillier infolge der Uebernahme des besoldeten Verwaltungspostens bei dem Verein der Lithographen, Stein-drucker und Berufs-genossen Deutschlands aus unserem Geschäft ausgetreten ist.
Wir führen von jetzt ab unsere Buch- und Stein-druckerei und Buchbinderei unter der Firma

Janiszewski & Quitt
weiter. Unser Bestreben wird es sein, unsere Auftraggeber prompt zu bedienen.
Berlin, den 6. April 1893.

Janiszewski & Quitt,
Berlin S., Oranienstr. 54.
40089*

Jamaica-Rum, [181M*]
echt Verschnitt u. Fac., Literfl. 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Bl. 10 Pf. billiger.
Tokayer, med. süßer Ungarwein, Literfl. 2,10.
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeersaft, Liter 1,20.
Echt Stonsdorfer Bitter-Silber, Liter 1,20, 5 Pfr. 5,50, 10 Pfr. 10.
Cognac fine Champagne, 1/2 Literfl. 3,50, 4,50, 5,50, 7,50, 12.
Eugen Neumann & Co.,
6a. Belle-Alliance-Platz 6a. 81. Neue Friedrichstr. 81. S. Oranienstr. 8.

Möbel u. Polsterwaaren Aug. Herold, Oranienstr. 83/84.

Dem Geburtstagskinde Hermann Röhl zu seinem heutigen Wiegensfest ein dreimal donnerndes Hoch aus A. B. C.

Dankjagung. 8175b
Für die vielen Beweise der Theilnahme bei der Beerdigung meines geliebten Mannes, des Drechslers Gottlob Köfcher, sage allen Verwandten und Freunden, besonders dem Herrn Chef, sowie den Kollegen des Verstorbenen und auch dem Prediger Herrn Krüger meinen tiefgefühlten Dank.
Die trauernde Wittve nebst Sohn.

Zur Maifester 1893 empfehle den Genossen ein zweckentsprechendes Maifestzeichen. Bei dem billigen Preise und der geschmackvollen Ausführung dürfte dasselbe vielseitig Anklang finden und geeignet erscheinen, der Kasse einen namhaften Ueberchuh zuzuführen. [3102b S. C. Buchwald, Altenburg S. A.]

Sophastoff-Reste
in Ripps, Damast, Crêpe, Fantasie, Gobelin, Plüsch und bunten Moquets spottbillig!
Proben franko!
Emil Lefevre, Oranienstraße 158.

3000 Pfd. von 8000 jung-geflüchtete, meist weiße, reine Gänsefedern, à Pfd. 1 M., bessere kleine à Pfd. 1,30 M., Gänsefedern 1/2 Selbststr. à Pfd. n. 40 Pf. (Pr. können vorher eingel. werden.) Verf. von 10 Pfd. ab. 88812* **Fritz Ebel, Zohdenick.**
Große Kellerräumlichkeiten, sich zur Cognac-Destillation oder Bierverlag vorzögl. eignend, nebst Bierdestill. für vier Pferde u. Wohnung sof. zu verm. Off. unter Chiffre A. B. 100 Exp. d. Zig. 8177b

Pfandleihe Hoffenerstr. 85. [81865*

500 Stück Kinderwagen!
Durch selten günstigen Abschluß stelle dieselben spottbillig zum Ausverkauf Rügnowstr. 73. 1988b*
Größtes Lager Berlins
Kinderwagen. Andreasstr. 23. Op

Meyer's Legiton Bücher, Biblio-theken, thesen laust
Hannemann, Kochstr. 56. [8176b*

Arbeitsmarkt.
Singerstepperinnen,
geübte, in und außer dem Hause, auf Kragen und Manschetten, verlangen
Heinrich Buchholz & Co., Fehrbellinerstraße 81. 55/53*

Junge Mädchen,
welche das Nähen unentgeltlich erlernen wollen, können sich melden bei
Heinrich Buchholz & Co., Fehrbellinerstraße 81. 55/43*

Plätterinnen,
geübte, im Hause, auf Kragen, Manschetten, Fronis und Hemden verlangen
Heinrich Buchholz & Co., Fehrbellinerstraße 81. 55/63*

Mousen, Kleidchen, Tricot-Arbeiterinnen v. Hähner, Alexanderstr. 26, I.
Mamsells auf Knabenanzüge verl.
Stein, Wabstr. 22. 159M

Ein j. Mädchen für leichte Arbeit und Kinder gef. Schulz, Auguststr. 98. 8170b

Die Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter
und verwandten Gewerbe hier selbst sucht für sofort einen jüngeren energischen
Kranken-Kontrollleur.
Bewerber wollen selbstgeschriebene Offerten mit Lebenslauf an den Vorstand gedachter Kasse, Neue Schönhauserstr. 18, bis Montag, den 10. April er., einreichen. Mitglieder der Kasse erhalten den Vorzug. 8174b

6. Wahlkreis. Große öffentl. Volksversammlung

am Sonntag, den 9. April 1893, Vormittags 10 Uhr, zum Schultzeiß (früher Gieseler), Chausseestraße.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Vertrauenspersonen und Revisionen, eventuelle Neuwahl derselben. 2. Wahl der Delegirten zum Parteitag der Provinz Brandenburg. 3. Stellungnahme zur Organisation, betreffs einer Reichstags-Auflösung. 4. Antrag der Genossen der Schönhauser Vorstadt zur Maifester.
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ersuchen um zahlreiches Erscheinen 833/6

Achtung, Schneider!
Heute, Freitag, Abends 8 Uhr, bei Marten, Friedrichstr. 236, **Versammlung**

derjenigen Geschäftsinhaber, welche bisher nicht bewilligt haben, sowie der dort beschäftigten Kollegen. Es liegt im eigenen Interesse der Kollegen, in dieser wichtigen Versammlung anwesend zu sein.
Tagesordnung:
Welche Verantwortlichkeit tragen die Kollegen derjenigen Geschäfte, welche unsere Forderungen nicht bewilligt haben? Referent J. Timm.
Nach unserer letzten Bekanntmachung haben bisher noch bewilligt:
Bahl, Viniensstr. 93; Wienack, Charlottenstr. 25; Hinkel, Französischestr. 19; Louis Collop, Taubenstr. 41; Gebr. Schulz, Friedrichstr. 185; L. Schwarz, Friedrichstr. 138; Billing, Zimmerstr. 12; Ulrich, Taubenstr. 49; Fereker, Reinickendorferstr. 2g; A. Jürgen S., Charlottenstr. 8; C. Bachsmann u. Co., Alexander- und Blumenstrassen-Ecke; Trunz u. Vogl, Behrenstr. 7; Julius Fehner, Jägerstr. 10. — Im Westen: S. Lewy, Potsdamerstr. 104; S. L. Lewy, Potsdamerstr. 85; Joseph Goldstein, Poststr. 51; Rehfeld, Kulinstr. 18; Grabowsky, Dammstr. 21 und Bülowstr. 85; Plotow, Steglitzerstr. 40.
Die Agitationskommission 274/4
der Schneider und Schneiderinnen Berlins.

Große öffentliche Versammlung der Holz- und Bretterträger Berlins und Umg.
am Sonntag, den 9. April, Vormittags 10 Uhr, bei Herrn Fuhse, Nau- und Grottestr. 27.
Tagesordnung:
1. Vortrag. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. 2. Diskussion. 3. Wahl des Delegirten der Streit-Kontrollkommission. 4. Aufnahme neuer Mitglieder und Verschließens. 179/8
Zu dieser Versammlung sind die Herren Brettschneider ganz besonders eingeladen. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Leiter.

Kranken- und Sterbefälle der Buchbinder und verwandten Berufsgeossen zu Berlin. (G. S. 24.)
Sonnabend, den 15. April, Abends 8 1/2 Uhr,
Generalversammlung
im Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45.
Tagesordnung:
1. Kassenbericht pro 1. Quartal 1893. 2. Mittheilung des Vorstandes. 3. Vortrag des Herrn Dr. Bernstein. 4. Kassenangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht der Vorstand. — Gäste willkommen.
Fr. Freudenreich, Bruno Gröblicher,
Vorsitzender, Reichenbergerstr. 3. Kassirer, Gollmannstr. 89.

Deutsch. Tischlerverband
(Zahlstelle Berlin).
Versammlung für die Branche Parquetbodenleger
am Montag, den 10. April, Abends 8 1/2 Uhr, bei Wegst, Marktgrafenstr. 87.
Tagesordnung: Vortrag des Kollegen Wiedemann über die Wahrung der Interessen der Bodenleger. Diskussion. Verbandsangelegenheiten. Verschiedenes. Um reges Erscheinen ersucht
816/15* **Die Ortsverwaltung.**

Achtung!
Verein der Bau-Anschläger Berlins und Umgegend.
Das Versammlungslokal des Vereins ist von Gipsstraße 8 nach **Sebastianstraße 39 bei Grodnow**, früher Orschel, verlegt worden, und findet die nächste Versammlung am 9. d. Mts., Vormittags 10 1/2 Uhr, daselbst statt.
Tagesordnung: 1. Besprechung über Beitragszahlung. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Bericht der Arbeitsnachweis-Kommission. 4. Verschiedenes und Fragelasten.
Die Versammlung wird präzis angefangen und werden die Mitglieder ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
182/5 **Der Vorstand.**

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands
(Zahlstelle i Berlin Putzer).
Sonntag, den 9. April, Vormittags 11 Uhr, Dresdenerstraße 96:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal. 2. Vortrag über: „Bleibt es in einem Maximal-Arbeitsstag auch kurze und lange Tage?“ 3. Neuregelung der Hilfs-kassirer-Stellen. 214/13
Die Mitglieder, die am 1. April verzogen, werden betrefss pünktlicher Zustellung des „Grundsteins“ ersucht, dieses dem Kassirer A. Kolpin, Demminers-straße 11, schriftlich oder in der Versammlung mündlich mitzutheilen.
Der Bevollmächtigte.

Öffentliche Versammlung
der
Töpfer Berlins und Umgegend
am Dienstag, den 11. April, Abends 6 Uhr, in Gratwell's Bierhallen, Kommandantenstr. 77-79.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zu der letzten öffentlichen Versammlung. (Resolution Hagen und David.) 2. Wie treten wir der Lohnrückerei in unserm Gewerbe entgegen? — Um zahlreiches Besuch der Kollegen, namentlich von den Vor-orten, ersucht 828/6 **Der Vertrauensmann Gustav Melzer.**

Oranien-Bad
Oranienstrasse 44.
Abonnements I. Kl. 60 Pf., II. Kl. 3 Pfr. 1 M.
Dampfkasten-Bäder.
Einpudung und Massage.
Leitungswasser. 8719L*

Parteinachrichten.

Anruf an die Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg.

Parteigenossen! Aller Voraussicht nach erfolgt anfangs Mai die Auflösung des Reichstags. Bei der Wichtigkeit, welche die in Aussicht stehenden Neuwahlen für unsere Partei haben, ist es unsere Pflicht, uns zur rechten Zeit auf jede Eventualität vorzubereiten, und haben wir daher beschlossen, die Parteikonferenz früher einzuberufen, als dies im vergangenen Jahre geschehen ist.

Die Konferenz tagt mitbin bereits am Sonntag, den 7. Mai, Vormittags 9 Uhr in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, Berlin.

Im Anschluß an diese Bekanntmachung ersuchen wir die Parteigenossen, nimmere schleunigst Versammlungen einzuberufen, und in denselben die Wahlen der Delegierten zur Parteikonferenz vorzunehmen. Die Zahl der Delegierten eines jeden Wahlkreises darf drei nicht überschreiten.

Die Konferenz wird einen Tag in Anspruch nehmen. Parteigenossen, welche auf einen oder mehrere Tage in Berlin Logis nehmen wollen, werden ersucht, sich an Frhr. Zudeß, Hauptstr. 86, zu wenden. Die Tagesordnung bestimmt die Konferenz selbst; als provisorische Tagesordnung schlagen wir vor:

- 1. Bericht über die Tätigkeit des Agitations-Komitees. 2. Die bevorstehenden Reichstagswahlen und die Aufstellung von Kandidaten.

Alle Anfragen und Zuschriften sind an den Unterzeichneten zu richten.

Mit dem Wunsche, daß sich alle Kreise an dieser für uns so wichtigen Konferenz beteiligen mögen, zeichnet mit sozialdemokratischem Gruß

Das Agitationskomitee für die Provinz Brandenburg.

J. A.: Otto Anrick, Berlin W., Steinmehlr. 60.

Die Provinzialblätter werden um Abdruck vorstehenden Anrufes gebeten.

Protest-Versammlungen gegen die Militärvorlage sind weiter abgehalten worden in Altenbach (Ref. Thiele-Wagen).

Maifeier. In Zwickau wird am Abend des 1. Mai eine Versammlung nebst Kommerz abgehalten. Ebenso in Grimmschau; am 7. Mai findet noch eine Nachfeier statt. Die Eiberfelder Sozialdemokraten verbreiten am 30. April ein auf die Feier bezügliches Flugblatt; am Abend des 1. Mai wird eine Volksversammlung und am Sonntag darauf ein Fest abgehalten. In Nordhausen findet am Abend des 1. Mai ein Fest statt.

Professor Dr. Jäger tritt in seiner Zeitschrift für Gesundheitspflege dafür ein, daß die Unternehmer ihren Personal den Feiern am 1. Mai gestatten. Der 1. Mai sei früher ein Feiertag gewesen und müsse zurückgefordert werden. Die Arbeiter müßten jetzt zu viel arbeiten, deshalb sei der Anfall der irdischen und bürgerlichen Feiertage des Mittelalters zu beklagen.

Zur Beachtung! Um über die Zahl der Teilnehmer an der Maifeier möglichst bald einige Nachrichten zu erhalten, werden ersucht, ersucht hiermit die Redaktion des „Vorwärts“ die Leiter der offiziellen sozialdemokratischen Maifestlichkeiten aller Orte, noch bis zum Abend des 1. Mai hierher mittels Telegramms oder Postkarte kurz und bündig Nachricht über den Verlauf der Feier zu geben. Die Adresse der Zuschriften soll lauten: Redaktion des „Vorwärts“, Berlin SW., Behnh. 2. Es genügt, wenn die Mitteilungen die Bezeichnung „Maifeier“, die Angabe des Ortes (bei kleineren noch der nächstgelegenen größeren Stadt) und ungefähr die Zahl der Teilnehmer an der Versammlung, dem Kommerz oder der sonstigen am 1. Mai abgehaltenen Festlichkeit in recht deutlicher Schrift enthalten. Das gleiche Ersuchen wird hinsichtlich der Festlichkeiten gestellt, die am 30. April oder 7. Mai als Vor- oder Nachfeier abgehalten werden. Wir bitten die Redaktionen sämtlicher Parteiblätter, uns durch vielleicht zweimaligen, in Zwischenräumen von etwa 10 Tagen erfolgenden Abdruck des Vorstehenden zu unterstützen.

Von der Agitation. 31 Breslauer Parteigenossen haben am 19. März bei einer Landagitationsstour trotz des schlechten Wetters in nicht weniger als 108 Landorten Flugblätter und sonstige Schriften vertheilt. — In München wurde am Ostermontag in Zeit einer Stunde von den Parteigenossen ein Landtags-Wahlflugblatt in großer Anzahl verbreitet. Die „Augsburger Abend-Ztg.“, die die Zahl der verbreiteten Exemplare auf 100 000 schätzt, schreibt über die Vertheilung: „Keine Wohnung ohne von dieser Gabe des sozialdemokratischen Wahlvereins versont geblieben sein, ein Zeichen der Vorzüglichkeit der Organisation der sozialdemokratischen Partei.“

Partei-Prese. Die „Reußische Tribüne“ in Gera wird seit dem 1. April in vergrößerterem Format herausgegeben.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung meint unter Beziehung auf das „Volksblatt für Oh. und Westpreußen“, das vorläufig mit in der Druckerei des „Vorwärts“ hergestellt wird: „Die Sozialdemokraten haben also das von ihnen früher so viel verspottete System der kopflosen Zeitungen einfach adoptiert.“ Diese Bemerkung ist wieder so recht offensichtlich lüchlich. Erstens sind die sozialdemokratischen Blätter, die übrigens nur so lange, bis sie finanziell auf eigenen Füßen stehen, unter Benutzung des Textes anderer Blätter hergestellt werden, nicht zu vergleichen mit den Kopfbältern, mit welchen die Bismarckschen Keptile seiner Zeit die Welt, wenn auch erfolglos, zu verdummen suchten, zumal den Interessen des Leserkreises der Kopfbälter bei uns immer noch ein besonderer (lokaler) Theil zur Verfügung gestellt wird, und dann hat die Sozialdemokratie solche Kopfbälter nicht erst jetzt eingeführt, sondern bereits vor etlichen zwanzig Jahren in verhältnismäßig weit größerer Zahl als heute herausgegeben. Gegenwärtig ist die Zahl der Anhänger unserer Partei so stark, daß die weitaus größte Zahl der Parteiblätter vollkommen selbstständig ist, also in einer angenehmeren Lage sich befindet, als unseres Wissens jemals die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“.

Der Industriecort Hartmannsdorf (Bezirk Leipzig), der etwa 5000 Einwohner hat, soll auf Wunsch der Kirchenbehörde eine neue Kirche bauen lassen und dazu einen Bump von 120 000 M. aufnehmen. Mit 14 gegen 7 Stimmen lehnte der Gemeinderath die Mitvollziehung des darüber ausgefertigten Amortisationsplanes ab und so ist denn die Erbauung einer neuen Kirche vorläufig verschoben, dagegen die Möglichkeit einer Auflösung des Gemeinderathes ziemlich nahe bevorstehend. Um nun den einmal errungenen Erfolg — wobei allerdings die bürgerlichen Elemente des Gemeinderathes mit andschlaggebend waren — nicht fahren zu lassen, beriefen unsere Genossen eine öffentliche Versammlung ein, um die Gründe der ablehnenden Stellung des Gemeinderathes darzulegen und um die Wieder-

wahl der Gegner des Kirchenbaues zu befürworten. Das Referat hierüber hatte Genosse E. Harzdorf. Die Zuhörer billigten einstimmig das ablehnende Votum des Gemeinderathes und erklärten sich für die Wiederwahl derjenigen Gemeinderaths-Mitglieder, die die Vorlage abgelehnt hatten.

Das bayerische Landtags-Wahlrecht wird in dem Wahlaufrufe, der in der Münchener „Volksstimme“ veröffentlicht ist, drastisch belächelt. Es heißt darin:

Mit dem 1. April hat der Wahlkampf für die Landtagswahlen seinen Anfang genommen. Einmal der miserabelsten aller Wahlgesetze, wie es das bayerische ist, bestimmt: daß die Wahlen nur alle sechs Jahre stattfinden, daß die Wahl eine indirekte schrittweise Sorte ist, daß die Wählerlisten zwölfmal innerhalb dieser Zeit aufsteigen und schließlich keinen Schuß Pulver werth sind, daß die jeweilige Regierung sich die Wahlkreise willkürlich zurechtzuschneiden kann, um eine ihren Wünschen schmeichlame Majorität zu erhalten. Die Folge davon ist, daß die Zusammensetzung des Landtags seither auch ganz genau diesem Wahlgesetze entsprochen hat. Das bayerische Volk hat sich im Allgemeinen verurtheilt wenig um diese Wahl gekümmert, und die meisten Abgeordneten verbanden ihr Mandat einer Wahlbetheiligung, die geradezu als ein Hohn auf eine Wahl bezeichnet werden muß. Habt Ihr aber bis jetzt gehört, daß einer der Landesboten sein Mandat abgelehnt hätte, weil er von einer gar zu schimpflich kleinen Anzahl Wähler gewählt worden war? Wir kennen keinen!

Die Sozialdemokratie wollte dem Landtag Gelegenheit zu einer Reform des vorfindlichen Wahlgesetzes geben: sie petitionirte durch Duhende von Versammlungen um Abänderung des Gesetzes oder wenigstens um die Beseitigung der horribelsten Bestimmungen in demselben. Was hat aber der Landtag gethan? Zentrum und Liberale — sie beide sind an Zahl ziemlich gleich — haben sich in ihrem sortgesetzten Rahmhandel geeinigt, die Wahlrechtsfrage gar nicht vor die öffentliche Sitzung des Landtags zu bringen. Traurig aber wahr ist die Thatsache, daß sich nicht ein einziger im Landtage gefunden hat, der dieses geradezu erbärmliche Wahlrecht öffentlich gekündigt hätte. Und warum haben die Parteien so gehandelt? Pure Angst ist es vor der Sozialdemokratie. Diese Gesellschaft fürchtet, daß in ihren Korpseich ein oder der andere Sozialdemokrat hineingerathen könnte. Diese Angst läßt sie ihre ehemaligen Grundzüge verrathen. Lange genug, schon fast zu lange hat das arbeitende Volk, hat der Kleinbauer, der Kleinhandwerker, der Fabrikarbeiter diesem verächtlichen Treiben zugehört, es soll nimmere eine Wenderung kommen. Sollen wir warten, bis uns die heutigen herrschenden Parteien ein vernünftiges Wahlgesetz geben, so werden wir niemals ein solches erhalten, deshalb lautet die Parole: Auf zur Wahl. — Die Wahl findet bekanntlich im Juni statt; die Wählerlisten liegen bis zum 15. April in den Bürgermeisterämtern aus.

Todtliste der Partei. In Mainz ist der Parteigenosse Martin Appel gestorben; in Höchst a. M. der Parteigenosse Fürst aus Wien.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— In Frankfurt a. M. ist auf Beschluß des Landgerichts das Verfahren eingestellt worden, das gegen den im vorigen Jahre errichteten sozialdemokratischen Brauerei-Volkstausch erhoben worden war. Die Anschulldigung der Staatsanwaltschaft gegen die Ausschussmitglieder ging — im besten Zustande — dahin, im Jahre 1892 zu Frankfurt a. M. gemeinschaftlich den Entschluß, um sich oder den streikenden Brauerei-Arbeitern der Brauerei „Jung Eber“ und „Eggenhaus“ einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, die genannten Brauereien durch Gewalt zu einer Handlung, der Bewilligung der aufgestellten Forderungen zu nöthigen, durch Handlungen, welche einen Anfang der Ausführung dieses Vergehens enthalten, betätigt zu haben.

— In Stokel bei Westemünde wurde die Abhaltung einer Versammlung, in der unser Parteigenosse Schmalz über die wirtschaftliche Lage der ländlichen Bevölkerung sprechen sollte, mit der Begründung verboten, das Versammlungstotal genüge den polizeilichen Anforderungen nicht. Derartige Verbote wirken indessen, so unangenehm sie im Augenblick sind, jedenfalls nur günstig für unsere Sache, denn sie enthalten das amtliche Eingeständniß, daß die vorhandenen Lokale bei der Jugkraft, die die sozialdemokratischen Redner auch auf die Landbevölkerung auszuüben beginnen, nicht entfernt mehr dem Bedürfnis genügen.

— Redakteur Richard Flige vom „Volksblatt für Halle“, der wegen Verleumdung des Vergnaths Zeichner auf 1 Monat ins Gefängniß mußte, wird darin noch 3 Wochen länger verweilen müssen, da inzwischen eine wegen Mißthatsverleumdung über ihn verhängte Strafe rechtskräftig geworden ist.

— In der Redaktion des in Zwickau erscheinenden Vergarbeiter-Handblattes „Glückauf“ suchte die Polizei am 1. April nach dem Manuskript einer Lohliste vom Oerzdorfer Werke Konordia, die der „Glückauf“ veröffentlicht hatte.

— Oesterreichische Ordnungszusammensetzung. Der kürzlich in Krakau zusammengetretene zweite Parteitag der Sozialdemokratie Galiziens wurde von der Polizei in ganz niederträchtiger Weise schikanirt. Eine Stunde nach Beginn der Verhandlungen im Sitzungssaale des Krakauer Gemeinderathes erschienen zwei Polizeikommissare, um die Legalität des Kongresses in Bezug auf § 2 des oesterreichischen Vereinsgesetzes, wonach Versammlungen für eingeladene Gäste ohne polizeiliche Anmeldung gestattet sind, zu prüfen. Die Prüfung dauerte eine halbe Stunde und wurde auf die peinlichste Art ausgeführt. Die Kommissare gingen mit den fünf Einberufern des Kongresses im Saale herum und verlangten von jedem der etwa 150 Delegirten die Legitimation. Wenn ein examinierter Einlader die Namen, Vornamen oder Verus eines Gastes nicht kannte, wurde das sofort notirt, sogar die Namen der Frauen wurden von den ritterlichen polnischen Polizeikommissarien (sichwörtlich ist ja die polnische Ritterlichkeit) nicht verschont. Gerichtsverhandlung wegen Uebertretung des § 2 des R.-G. folgt. Am Schluß der peinlichen Szene des Handelns und Streitens mit den Polizeikommissaren wurde der Kongress für aufgelöst erklärt. Sofort erklärte der Redakteur des Arbeiterblattes „Naprzod“, Genosse Dazynski, daß die Delegirten nachmittags im Redaktionslokale zusammenkommen sollten, wo sie weiter berathen würden. Damit dem ganzen Vorgehen nicht der Stempel der Polizeimache fehle, stürzte im Augenblick des peinlichen Prüfens ein Polizeispiegel in den Saal und stand schon zwei Schritte vom Polizeikommissar entfernt. Die Genossen schrien sofort: „Hier ist eine ohne Einladungskarte“, was allerdings den Polizeikommissar verdroß. Wäre das nicht bemerkt worden, so könnte als Auflösungsgrund auch die allgemeine Zugänglichkeit der Versammlung geltend gemacht werden. Keine Niedererschlagenheit war sichtbar, als der ältteste Polizeikommissar die Auflösung verkündete, die höchste Empörung, Aufregung und Entschlossenheit lang aus hundert Kehlen, welche „Schande, Schmach!“ riefen fand dann unter Absingen des Arbeiterliedes „Die rothe Fahne“ den Saal verlassen. Circa 50 Delegirte vertraten die Städte Biala, Wien, Krakau, Peimberg, Stanislav, Przemyśl, Neu-Sandee.

Lokales:

Zum Streik der Schneider wird der „Berliner Zeitung“ von ärztlicher Seite geschrieben:

Der Streik der Schneider richtet die Aufmerksamkeit jetzt auf Verhältnisse, die man früher wenig oder gar nicht beachtet hatte.

In der Veröffentlichung der Streikenden wird auch der Wohnungen der Arbeiter für die großen Geschäfte gedacht. Es wird darin gesagt, daß der Arbeiter nur eine Stube zur Verfügung hat, in der geschlafen, gegessen, gekocht und gearbeitet wird. Aber es ist damit noch nicht genug des Elends geschildert. Man denke an den Fall, daß in einer solchen Arbeiterfamilie, die in einem, oder vielleicht zwei kleinen Räumen haust und arbeitet, ansteckende Krankheit, Masern, Scharlach, Diphtherie, Keuchhusten oder dergleichen ausbricht, dann werden wir erst ganz das Elend verstehen, in dem diese Leute leben, und dann werden wir daraus die Folgerungen ziehen, wie gefährlich solche Zustände für das Allgemeinwohl sind. Wer fragt sich bei Uebernahme eines neuen Kleidungsstückes, wo ist das angefertigt, in welcher Umgebung ist es tagelang gewesen, mit welchen Händen ist es angefaßt worden?

Wie oft begegnet es dem Arzt, daß er in einer Familie ohne jede erkennbare Ursache eine Masererkrankung auftreten sieht; kein Mitglied der Familie ist mit einem solchen Fall in Verbindung gekommen, in dem ganzen Bekanntenkreise ist kein Fall vorgekommen. Man sieht wie vor einem Räthsel. Wie leicht wäre oft ein Zusammenhang zu finden mit einer Erkrankung in der Familie des Schneiders, der den Rock gearbeitet hat; aber der Besteller des Anzuges kommt aus dem pompösen Baden, der eleganten Ausstattung, und hat keine Ahnung davon, daß der Anzug, den er anprobiert, eben aus einer Krankenstube gekommen ist. Und aus welcher Krankenstube! Auf dem Hofe 4 Treppen, in den ältesten Häusern der Friedrichstadt bewohnt die Familie, — ich schildere eine wirkliche Schneidewohnung. — Mann, Frau und vier Kinder, eine Stube und eine kleine Kammer, welche letztere durch einen eisernen Ofen zur Küche bestimmt ist, doch steht auch hier noch ein Bett. In der Stube steht zunächst der große Schneidertisch am Fenster, der den größten Theil des Raumes einnimmt. In diesem Tisch werden auch die Maßheften eingenommen. In der Stube sind noch zwei Betten, von denen das eine durch ein Scharlachkrankes Kind besetzt ist. Die Frau pflegt das Kind, und in den ihr bleibenden Pausen, zwischen dieser Arbeit und Kochen, hilft sie dem Manne bei der Schneiderei oder trägt die fertig gewordenen Sachen zum Geschäft. Oft hält dieser im Besitz einer Wohnung befindliche Schneider noch mehrere Arbeiter, die dann auch noch in demselben kleinen Raume arbeiten. Man kann sich vorstellen, was das für eine Luft ist und in wie inniger unvermeidliche Begrenzung alles mit dem Kranken kommt. Die Schlussfolgerungen aus solchen Zuständen ergeben sich für die Hygieniker von selbst.

Wie die Arbeiter in großen Fabriken, Schloßereien, Maschinenbau-Anstalten, Tischlereien sich zum Fabrikal zu begeben haben, um dort ihr Tagewerk zu vollbringen, so sollten auch die großen Schneidergesellschaften gezwungen sein, Fabrikräume zu halten, die nach polizeilich vorgeschriebenem Bauplane als zum dauernden Aufenthalt von Menschen dienend eingerichtet sind.

Es sollte keinem Schneider gestattet sein, Kleidungsstücke in den Wohnungen der Arbeiter anfertigen zu lassen. Und wenn das polizeilich nicht durchzuführen ist, so sollte das Publikum lernen, auf diese Dinge zu achten und nur dort arbeiten lassen, wo hygienisch geordnete Verhältnisse in den Schneiderrubben herrschen.

Das ist eben die Anklage gegen die bestehende Gesellschaft, daß die kapitalistische Profitmacherei nicht zuläßt, die nöthigen Reformen einzuführen, selbst wenn Gesundheit und Leben durch Unterlassung derselben aufs äußerste gefährdet sind.

Bei der Invaliditäts- und Alters-Versicherungsbank Berlin sind im Laufe des Vierteljahres vom 1. Januar bis 31. März 1893 einschließlich der aus dem Vorjahre unerledigt übernommenen, 184 Ansprüche auf Altersrente und 183 Ansprüche auf Invaliditätsrente erhoben worden. Von den Ansprüchen auf Altersrente wurden 100 bewilligt, 86 abgelehnt und 1 anderweit erledigt, während 47 am Quartalschluß noch nicht zur Entscheidung gelangt waren. Von den Anträgen auf Invaliditätsrente wurden 72 bewilligt, 48 abgelehnt, 7 anderweit erledigt und 56 unerledigt auf das folgende Quartal übernommen. Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 31. März 1893 sind von den Altersrenten-Empfängern durch Ableben 174, aus anderen Gründen 27, insgesammt also 201 ausgeschieden. Am 1. April 1893 waren noch 1701 Empfänger vorhanden. In demselben Zeitraum sind von Invaliditätsrenten-Empfängern ausgeschieden durch Ableben 26, aus anderen Gründen 3, insgesammt 29. Am 1. April cr. waren 249 Invaliditätsrenten-Empfänger vorhanden.

Der Lehrkursus der Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen zur ersten Hilfe bei Unglücksfällen hat Ende März seine diesjährigen Lehr- und Uebungsstunden geschlossen. Der Vorstand dieses Lehrkursus ersucht uns, an dieser Stelle nochmals auf die Zwecke und Ziele des Vereins hinzuweisen. Der Zweck ist nach § 1 der Statuten: „Die Arbeiter und Arbeiterinnen zu unterrichten durch Vorträge und praktische Uebungen in der ersten Hilfe bei Unglücksfällen, ehe der Arzt eintrifft oder der Verunglückte nach einem Krankenhause geschafft wird.“ Da es nun nicht immer möglich, ärztliche Hilfe schnell herbeizuschaffen, von den Anwesenden aber selten jemand im Stande ist, nöthige Hilfe zu leisten, so ist meist eine wesentliche Verschlimmerung, wenn nicht gar der Tod die unmittelbare Folge, denn oft hängt ja das Leben eines Verunglückten nur von einer möglichst schnellen Hilfe ab. Am 20. April wird ein Sommerkursus eröffnet werden. Derselbe soll einen Zeitraum von ca. sechs Stunden umfassen und wird mit einem Vortrage des den Unterricht leitenden prakt. Arztes Herrn Dr. Christeller beginnen. Der monatliche Beitrag ist 25 Pf., das Eintrittsgeld 40 Pf. Die Lehrstunden finden Donnerstag, Abends 8 1/2 Uhr, in Freierstein's Restaurant (Inhaber Th. Volk), Alte Jakobstraße 75, statt. Meldungen sind zu richten an die Herren: Dr. Christeller, Alexanderstr. 1; H. Knaue, Klempner, Diefendachstraße 52; O. Dietrich, Zimmerer, Willibald-Allee 40.

Eine moderne Arbeiterethik. Unter dieser Ueberschrift bringt das „Berliner Tageblatt“ folgende Notiz:

Kürzlich suchte bei der Spandauer Polizeiverwaltung eine Wittwe um die Erlaubniß nach, ein fremdes Kind in Pflege nehmen zu dürfen. Auf die Frage nach den Verhältnissen des Kindes erklärte die Frau, das dasselbe einem jungen Ehepaar gehöre und ein halbes Jahr alt sei; aber sowohl der Mann als auch die Frau gingen in den Militärwerkstätten dem Broderwerb nach und wollten das Kind bei Anderen in Pflege geben, weil sie selbst sich um dasselbe nicht kümmern könnten!

Das „Berliner Tageblatt“ hätte in der Ueberschrift statt „moderne Arbeiterethik“ lieber sagen sollen: „Arbeiterethik in der

kapitalistischen Gesellschaft. Die kapitalistische Gesellschaft, welche das „Berliner Tageblatt“ so eifrig gegen die Sozialdemokratie vertheidigt, vernichtet die Ehe wie das Familienleben des Arbeiters.

Lebensmittelpreise vor 100 Jahren. Die „Magdeburgerische Zeitung“ giebt einen Abdruck ihrer Zeitung von vor 100 Jahren als Beilage zu ihrem Blatte heraus. In der Nummer vom 4. April 1795 finden wir die unterm 2. April in Magdeburg festgesetzte amtliche Liste, die wir nachstehend theilweise wiedergeben:

Brot.		Fleisch.	
Pf.	Gr.	Gr.	Pf.
Semmel für 3 Pf.	8 2/3	Das Pfund Rindfleisch, so extraordinair	2 —
Mar Roggenbrot für 3 Pf.	14 1	das beste	1 10
für 6 Pf.	28 2	mittlere	1 8
Hausmannsbrot für 1 Gr.	2 3 1/2	Ruhfleisch, das beste	1 8
für 2 Gr.	4 7 1/2	mittlere	1 6
Grob Brot für 1 Gr.	2 16 1/2	Kalbsteisch	1 6
für 2 Gr.	5 — 3/4	Hammelfleisch	2 —
		Schafsteisch	1 2
		Schweinefleisch	2 2
		Vommsfleisch	1 8
		Kopf, Maul und Fäße vom Rinde das Pfund	1 —
		Ein großes Kalberköpfe	3 —
		Ein kleines dito	2 6
		Kopf u. Fäße vom Kalbe	4 —
		Das Geschliffe v. Kalbe	4 —
		Ninderfalten, Herz und Niere, das Pfund	7 —
		Eine gute Ochsenzunge	8 —
		Ein Hammelgeschliffe	1 6
		Eine Hammelfaldbause	1 6

Das Gewicht ist nach Pfunden, die fast ganz unserm halben Kilogramm entsprechen, und 32 Loth à 4 Quentchen haben, berechnet. Die Münzrechnung entspricht der bis 1874 geltenden Thaler-, Groschen- und Pfennig-Rechnung.

Während der Osterfeiertage hatte ein Pantower Gastwirth, Krüger, an der Schönhauser Allee, auf der Weichbildergrenze zwischen Berlin und Pankow eine „Vogelwiese“ errichtet, und ohne daß er die Genehmigung zur Veranstaltung von Aufstellungen besaß, hatte er dennoch unter dem Vorwande, daß diese „Vogelwiese“ vier Wochen dauern werde, eine ganze Anzahl von Schandbuden-Verstärkern hinongelockt. Als der Trübel begannen sollte, da erschien plötzlich die hohe Obrigkeit in Gestalt mehrerer Gendarmen und machte namens der Ortsbehörde von Pankow der Herrlichkeit ein jähes Ende. Die Unternehmern, welche der Lockung des G. Krügers Folge geleistet hatten, haben so nicht nur den erwarteten Verdienst eingebüßt, sondern sich auch sonst in große Unkosten gestürzt. Sie verlangen von dem Pankower Gastwirth Entschädigung.

In einem Pfahle in der Spree mittelst der Nabelschnur aufgehängt wurde gestern Vormittag gegen elf Uhr die Leiche eines jungen Kindes durch einen Arbeiter P. an der Paulsbrücke aufgehängt. An dem Kopfe sind deutliche Spuren von Schlägen sichtbar, so daß die Annahme begründet erscheint, es handle sich um einen Kindesmord. Die Leiche ist polizeilich beschlagnahmt worden; die Nachforschungen sind im Gange.

Der Maurer Verunst, wohnhaft in der Barnimstr. 85, zog sich am 4. April auf einem Bau am Gränen Weg eine Verletzung am Fuße zu, wegen der er den folgenden Tag nicht zur Arbeit gehen konnte. Als des Abends seine Frau nach der Apotheke ging, um ihrem Manne Bleiwasser zu holen, fand sie bei ihrer Rückkehr denselben an der Stiebtür erhängt vor. Der Unglückliche hatte schon seit dem August den ganzen Winter hindurch seine Arbeit gehabt, und jetzt, nachdem er endlich Arbeit gefunden, traf ihn der neue Unfall, der ihn zu der verwehnten That trieb.

Selbstmord aus unglücklicher Liebe. Die unverheiratete Anna Hora, die in dem Hause Brandenburgstr. 74 wohnte, wurde gestern Nachmittag gegen 4 1/2 Uhr in ihrem Zimmer von Handw. wohnern tot auf dem Fußboden liegend aufgefunden. Die Leiche wurde noch am Abend dem Schauhause zugeführt. Wem Aufsehen nach hat sich die Horn mittelst einer Karbol-Lösung vergiftet. Als Beweggrund werden unglückliche Liebesangelegenheiten angegeben.

Vergessenheit seiner Leiden hat den 56 Jahre alte Drofackentischer Karl Veche in dem freiwilligen Tode gesucht. Er war von einer andauernden Krankheit heimgefuhr, nahm gestern Nachmittag gegen 5 Uhr den Spiegel in seiner Pafewalkerstr. 4 belegenen Wohnung ab und erhängte sich an dem Haken. Als man ihn auffand, war die Leiche bereits erkalte.

Auf einem Grabe gestorben. Gestern Nachmittag gegen zwei Uhr besuchte die Höchststraße 33 in Wohnung gewesene 41 Jahre alte Frau Luise Schirach den Georgenkirchhof am Königsthor, um an einem Hügel in stiller Andacht zu weilen. Aufeinmal betend wurde sie auf einem Grabe liegend gesehen. Als sie aber nach längerer Zeit sich nicht erhob, eilten andere Besucher hinzu und fanden die Frau tot vor. Wahrscheinlich hatte ein Verschlagen ihrem Leben ein Ziel gesetzt.

In selbstmörderischer Absicht warf sich gestern Vormittag ein Mann vor den um elf Uhr sechs Minuten von Joffen hier einfahrenden Zug. Er war die bei dem Bahnhofsgebäude am Tempelhofer Ufer befindliche Rampe hinaufgestürzt und hatte sich vor die Lokomotive geworfen. Er erreichte aber seinen Zweck nicht; die langsam fahrende Maschine warf ihn bei Seite und beschädigte ihn nur an einem Bein.

Die vorläufige Führung der Berliner Schuhmannschaft hat der Major Grünau mit dem heutigen Tage übernommen. Die Ernennung zum Polizeiobersten dürfte voraussichtlich nach Verlauf von drei Monaten erfolgen.

Polizeibericht. In der Nacht vom 5. d. Mts. wurde auf dem Leipzigerplatze ein mit der Ausbesserung des Pferdeabanges beschäftigter Schlosser durch eine Droschke überfahren und an der Brust und am Oberarm bedeutend verletzt. — Am 5. d. Mts. Vormittags, geriet vor dem Hause Stralauerplatz 23 ein achtjähriger Knabe unter die Räder eines Kohlenwagens und erlitt eine Querschnitts-Verletzung und einen Knochenbruch. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde er nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. — Auf dem Anhalter Bahnhofe wurde ein unbekannter, etwa 35-jähriger Mann von einem Zuge überfahren und am Arm und Bein schwer verletzt, so daß er nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden mußte. — In der Spree, an der Paulstraßenbrücke, wurde die Leiche eines neugeborenen Kindes angeschwemmt. — Mittags trank ein Brenner in seiner Wohnung, in der Grenzstraße, aus Versehen von einer Karbolsäure-Lösung und erlitt so schwere innere Verletzungen, daß er auf dem Wege zum Arzt vor dem Hause Schulzendorferstr. 23 bewußtlos zusammenbrach. Er wurde nach dem Augusta-Hospital gebracht. — Vor dem Hause Wischingerstraße 83 wurde Nachmittag ein zweijähriges Mädchen durch einen Pferdeabhang überfahren und am Knie so schwer verletzt, daß die Ueberführung nach dem Krankenhaus am Urban erforderlich wurde. — Nachmittag wurde ein Maurer in seiner Wohnung, in der Barnimstraße, und ein Drofackentischer in seiner Wohnung, in der Pafewalkerstraße, erhängt vorgefunden. — Gegenüber dem Grundstück Alexander-Ufer Nr. 5 stürzte ein auf einem Kahn mit dem Anker

von Kohlen beschäftigter Arbeiter mit einer gefüllten Karre vom Ufer ab auf die steinerne Uferböschung und erlitt außer einer Verletzung am Kopfe eine Verletzung des Rückgrats, jedoch er nach der Charite gebracht werden mußte. — Vor dem Hause Alexanderstr. 29 geriet ein zehnjähriger Knabe beim Ballspiel unter die Räder eines beladenen Steinwagens und wurde am Oberarm schwer verletzt. Er wurde nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht. — Ein Mädchen wurde in seiner Wohnung, in der Brandenburgstraße, tot aufgefunden. Dasselbe hatte sich anscheinend mittelst Karbolsäure vergiftet. — Im Laufe des Tages fanden zwei kleine Brände statt.

Gerichts-Beifung.

Nur des Prinzips wegen hat der Mühlenbesitzer Evers in Jählsdorf, Kreis Niederbarnim, einen langwierigen Kampf wegen Befreiung seiner Tochter vom Schulbesuch mit den Schulbehörden geführt und heute vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II einen vollen Sieg errungen. Der Angeklagte war vom Schöffengerichte in Oranienburg wegen Schulverhinderung seiner Tochter Klara verschiedene Male zu kleinen Geldstrafen verurtheilt worden und hatte dagegen Berufung eingelegt. Die Tochter des Angeklagten ist am 26. August 1877 geboren, sie wurde also im Herbst 1891 einzuweisen gewesen sein. Für ländliche Orte besteht aber eine Ministerialverordnung, daß nur einmal im Jahre und zwar zu Ostern, Einsegnung und damit Schulentlassung stattfindet. Diese Verordnung besagt aber auch, daß die Schulentlassung erst am nächsten Einsegnungstermine nach vollendetem vierzehnten Lebensjahre stattfinden darf. Der Angeklagte hatte seine Tochter so rechtzeitig zum Konfirmanden-Unterrichte angemeldet, daß die Einsegnung zu Ostern 1891 erfolgen konnte. Die Tochter war auch zum Konfirmanden-Unterrichte angenommen worden, eine Klatschbase des Dorfes hatte aber dem Pastor Heußig in Wandlig, der gleichzeitig Lokal-Schulinspektor ist, verrathen, daß Klara Evers erst mit 7 Jahren die Schule besucht habe. Demnach hatte das Kind nicht die vorgeschriebenen acht Schuljahre absolviert. Der Lokal-Schulinspektor wendete sich daher an den Kreis-Schulinspektor, und dieser entschied, daß das Mädchen bis Ostern 1892 die Schule besuchen müsse. Der Vater des Kindes war damit nicht einverstanden, er ließ dasselbe in der 55. Gemeindefchule in Berlin einschulen. Hier setzte es beim Pastor Bafche den Konfirmanden-Unterricht fort und wurde von diesem mit eingeholter Genehmigung des Konfirmandenrats zu Michaeli 1891 eingeweiht. Von nun an schickte der Angeklagte seine Tochter nicht mehr in die Schule. Diefelbe hielt sich zeitweilig in Berlin, zeitweilig im Elternhause auf. Dabon erfuhr Pastor Heußig; er forschte in Berlin nach, ob das Mädchen noch die Schule besuche, und da dies verneint wurde, ließ er dem Vater eine Verwarnung mittels eingeschriebenen Briefes zugehen. Der Vater verweigerte die Annahme des Briefes und als ihm die Verwarnung auf dem Amtsbureau mündlich mitgeteilt wurde, verweigerte er die Unterschrift des Protokolls. Nachdem er aber wegen Schulverhinderung angeklagt worden war, schickte er die Tochter wieder in die 55. Gemeindefchule, dort wurde dieselbe aber abgewiesen, weil sie vordem ausgeschult und der Rektor ohne Anordnung des Schulvorstandes zur erneuten Aufnahme nicht befügt war. In der Hauptverhandlung vor der Strafkammer kam eine ganze Reihe von Ministerial- und Regierungs-Verordnungen in Betracht, der Angeklagte stellte sich aber auf den Standpunkt, daß das Gesetz bestimme, daß die Schulpflicht mit dem vollendeten 4. Lebensjahre aufhöre und daß am Befehl weder eine Ministerial-, noch eine Regierungsverordnung rütteln könne. Nachdem Vektor Müller bekannt hatte, daß das Mädchen den Grad der Durchschnittsbildung der Gemeindefchulen vor der Entlassung erreicht hatte, entschied der Gerichtshof, daß der Angeklagte kostenlos freizusprechen sei. Das allgemeine Landrecht bestimme, daß die Schulpflicht so lange dauere, bis das Kind die nach dem Ermessen des Seelsorgers erforderliche Schulbildung erlangt habe. In der Stelle des Seelsorgers trete hier der Schullehrer, der Rektor. Dieser Bedingung sei nach dem Zeugnisse desselben genügt worden. Nach einer Entscheidung des Kammergerichts, im 9. Bande mitgeteilt bedürfe es zum Erlöschen der Schulpflicht seiner formellen Entlassung, mindestens ist der Vater oder Erzieher nicht verpflichtet, den Nachweis der formellen Entlassung zu führen.

In einem kleinen Kynologen-Kongreß gestaltete sich eine Verhandlung, welche gestern die siebente Strafkammer des Landgerichts I in fünfständiger Sitzung beschäftigte. Aus der Untersuchungsbank wurde der Hundehändler Gustav Specht vorgeführt, der sein Geschäft in einer Weise betrieben haben soll, daß die Staatsanwaltschaft Veranlassung zum Einschreiten genommen hat. Der Angeklagte betreibt sein Geschäft schon seit dem Jahre 1883, seine Kundschaft besteht hauptsächlich aus Waisenbesitzern und Personen aus den höheren Ständen, zu den geladenen Zeugen, die durch den Angeklagten betrogen sein wollten, gehörten eine russische Gräfin und ein Baron. Der Angeklagte zeigte in den Fachbüchern an, daß er Hunde aller Rassen zu verkaufen habe. Im August v. J. bot er einen echten Bernhardiner zum Kauf an, der noch den ihm beigelegten Tugenden ein wahres Prachtexemplar sein mußte. „Fromm, treu und gehorsam gegen seinen Herrn, unbestechlich und unangenehm Fremden gegenüber, von beispielloser Wachsamkeit und Kleinlichkeit, dazu bildschön“, so sollte er sein, der berühmte Hund Veander, der besonderer Umstände halber für den kaum neunzehnerthe Preis von 60 M. abgegeben werden sollte, aber nur gegen Garantie guter Behandlung. Eine Gutsbesitzerin in Schlesien kaufte den Hund und fand sich sehr getäuscht. Weder sein Aussehen, noch seine sonstigen Eigenschaften entsprachen den Anpreisungen. Die „Frömmigkeit“ des Thieres leugnete sich dadurch, daß es seine Herrin in den Arm biß. Der Angeklagte wollte hierin einen Beweis erblicken, daß Veander Fremden gegenüber — und das sei die neue Herrin ihm doch gewesen — unangenehm sei. In diesem Falle erzielte der Angeklagte die Freisprechung, da der Sachverständige, Baron Bittow, erklärte, das es „echte“ Bernhardiner für den in Frage kommenden Preis nicht gebe und daß der gezahlte Preis kein zu hoher sei. In einem zweiten Falle tählte sich ein Käufer betrogen, der von dem Angeklagten einen „Foxy-Terrier“ gekauft hatte, der nicht die Kopfzeichnung aufwies, wie sie vom Angeklagten beschrieben war. Auch in diesem Falle hielt der Gerichtshof einen Betrug nicht für nachgewiesen, sondern erkannte auf Freisprechung. Zu einem anderen Ergebnis kam der Gerichtshof dagegen im dritten Falle. Der Angeklagte hatte dem Baron von B. einen Zwerg-Affenpflücker für rassenrein verkauft, der nach dem Gutachten des Sachverständigen unweifelhaft ein Mischling war. Der Kopf erinnerte an den eines Schweines. Außerdem war das Thier nicht wie angegeben 22, sondern 35 Zentimeter hoch. Hier liegt Vorspiegelung falscher Thatfachen vor. Der Gerichtshof erkannte hierfür auf eine Gefängnisstrafe von vier Wochen, die durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurde.

Nach ein Nachspiel zum Prozeß Buschhoff beschäftigte heute die II. Strafkammer hiesigen Landgerichts I. in einer Anklage gegen den Redakteur des „Voll“, Otto Walla. Gegen denselben lagen drei verschiedene Anklagebeschlüsse vor, welche seiner Zeit verbunden worden sind. Die Verhandlung wurde bis nach Erledigung des bekannten Prozesses Oberwinder zurückgestellt. Unter Anklage gestellt sind drei Artikel des „Voll“ vom 28. Januar, 29. Januar und 12. Februar 1892, in welchen die Vorgänge und Mahregeln der amtlichen Organe bei Gelegenheit der Voruntersuchung gegen Buschhoff einer scharfen Kritik unterzogen

wurden. Durch diese Artikel sind die Mitglieder des Landgerichts zu Cleve, der Erste Staatsanwalt Baumgard zu Cleve und der Untersuchungsrichter Landgerichtsrath Brinius wiederholt im Sinne der §§ 185 und 187 Str.-G.-B. beleidigt worden. Es werden den amtlichen Organen in dem Verfahren gegen Buschhoff strafwürdige Halbheit und widerwilliges Vorgehen, standlose Verdunkelungen u. A. M., dem Untersuchungsrichter Brinius die Zuziehung des Synagogenvorstehers Oster zu einem Lokaltermin vorgeworfen, die Ansicht aufgestellt, daß Landgerichtsrath Brinius es noch fertig bringen würde, nach dem Stürze Vorbild eines Katholiken auf den Thron zu schiden, eine scharfe Behandlung der Belastungszeugen u. c. — Der Angeklagte machte geltend, daß die Artikel aus der „Neuen Deutschen Zeitung“ übernommen und in einer sehr aufgeregten Zeit geschrieben seien. — Nachdem der Vorsitzende, Landgerichtsrath Brandtke, die Artikel zur Verlesung gebracht, beantragte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schwindl, die Erhebung derselben Wahrheitsbeweise, wie sie seiner Zeit im Prozesse Oberwinder erhoben worden sind und berief sich auf die Aussagen der kommissarisch vernommenen Zeugen Kaplan Bresser, Polizeiergeant Schilder, Gärtner Wälders, Bürgermeister Schlegel, Stadtrath Kapper, Landgerichtsrath Brinius, Staatsanwalt Baumgard, Polizei-Inspektor Verhalsdonk und Kriminal-Kommissar Wolff-Berlin. — Staatsanwalt Riegel widersprach der Erhebung dieser Beweise ausdrücklich nicht, und die sämtlichen Aussagen wurden verlesen. — Staatsanwalt Riegel erklärte aus Grund dieser Beweisführung, daß die ehrenrührigen Angriffe gegen die beiden genannten Justizbeamten vollständig unbegründet seien. Die beiden Beamten hätten das Strafgesetzbuch und die Strafprozessordnung sehr richtig und jedenfalls viel besser gefaßt, als der Angeklagte, und sie hätten nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt. Nicht ein Schatten für die Behauptung habe sich ergeben, daß diese beiden Beamten und schließlich das ganze Landgericht in Cleve ihre Pflichten abschüfflich verletzt haben. Dieser Vorwurf schiede den Betroffenen zugleich das schwerste Verbrechen unter, welches ein Beamter nur begehen könne. Wenn irgend etwas die durch den Fall Buschhoff am Niederrhein erzeugte Aufregung vergrößert und geschürt habe, so sei es gerade das Blatt des Angeklagten gewesen. Bei der Schwere der Beleidigungen beantragte er 3 Monate Gefängnis. — Rechtsanwalt Schwindl fand an den Amtshandlungen des Staatsanwalts Baumgard und des Landgerichtsrath Brinius vielerlei aufzufassen und hielt den Vorwurf, daß sich bei diesen Handlungen eine gewisse Halbheit und ein unsicheres Verhalten gezeigt, für vollständig berechtigt. Aus dem ganzen Verhalten der Beamten ergebe sich, daß dieselben nur widerwillig an die ganze Sache herangegangen seien. — Der Gerichtshof hielt die in den Artikeln erhobenen Vorwürfe sowohl gegen den Staatsanwalt Baumgard als auch gegen den Landgerichtsrath Brinius für schwere und unbegründete, den Wahrheitsbeweis für gescheitert. Der Gerichtshof hat aber erwogen, daß der Fall in der That viele Erwägungen und Erörterungen hervorgerufen hat und dabei Umstände hervorgehoben sind, die den Angeklagten zu der irrigen Meinung bringen konnten, daß im Falle Buschhoff nicht mit der gehörigen Scheu die Verurteilung vorgegangen sei. Aus diesem Grunde erkannte der Gerichtshof nur auf 3 Monate Gefängnis und sprach den Beleidigten die Publikationsbefugnis zu.

Gegen den Rechtsanwalt Hertwig hat das Obergericht der Anwaltskammer des Kammergerichtsbezirks wegen seines Verhaltens in dem Aklwarditprozeß auf einen Verweis erkannt. Das Obergericht hat der Versicherung des Angeklagten Glauben geschenkt, daß es ihm bei Stellung der Verweis- und Verurteilungsanträge nicht um eine Verschleppung des Prozesses zu thun gewesen, hinsichtlich der übrigen ihm zur Last gelegten Punkte aber das Vorhandensein einer Pflichtverletzung im Sinne des § 28 der Rechtsanwaltsordnung angenommen. Die Ober-Staatsanwaltschaft hatte neben dem Verweise eine Geldstrafe von 2000 M. in Antrag gebracht.

Soziale Ueberblick.

Die Gärtnergehilfen Bärlich sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern: Arbeitszeit von 6—7 Uhr nebst den Ruhepausen von 9 bis 1/10 Uhr, 4 bis 1/15 Uhr und 1/1/2 Stunde Mittagruhe. An Vorabenden von Sonn- und Feiertagen soll um 6 Uhr Frieden gegeben werden, Minimallohn von 4 Frank, bei Kost und Logis 40 Frank pro Monat; Stundenlohn 40 Centimes, für Sonntagsarbeit 60 Centimes; bei auswärtigen Arbeiten sollen, je nachdem Kost und Wohnung ganz oder theilweise aufwärts genommen werden muß, 1 bis 2 Frank mehr bezahlt werden. Um Fernhaltung des Zuganges wird gebeten.

Wie die soziale Frage auf dem Lande „gelöst“ wird. Die Verwaltung der großherzoglich hessischen Meierei, so wird der „Frankfurter Zeitung“ aus Darmstadt geschrieben, hat kürzlich an Stelle heimischer Dienstmoten 20 junge Mädchen für landwirthschaftliche Arbeiten aus der Provinz Posen in Dienst genommen. Auf diese Weise wird der Arbeitelohn heruntergedrückt oder wenigstens eine Erhöhung des Lohnes verhindert, die Großgrundbesitzer werden also auch weiterhin mit billigen Arbeiterinnen versorgt. Dadurch ist allerdings den Großgrundbesitzern geholfen, ihre Unkosten werden herabgedrückt, ihr Profit vergrößert. Der Kleinbauer, der nur ganz wenige Arbeiter beschäftigt, hat davon auch nur einen ganz unbedeutenden Nutzen, derjenige Kleinbauer, der mit seiner Familie allein sein Land bestellt, hat gar keinen Nutzen, und derjenige endlich, der gezwungen ist, sich auch als Lohnarbeiter zu verdienen, hat sogar direkten Schaden. Alle Kleinbauern werden überdies direkt geschädigt, weil infolge jener Praktik der Großgrundbesitzer noch billiger arbeitet und infolge dessen den Kleinbauern durch seine Konkurrenz noch schneller zu Grunde richtet.

Aus dem Gegenwartsstaat. In der künftigen Wagen-Werkstätte in Cannstatt ist wirklich der einstündige Arbeitstag an Stelle des bisher zehnstündigen eingeführt worden. Der Arbeiterschuß, der sich dagegen einstimmig aussprach, hat infolge dessen sein Amt niedergelegt, weil er sich für eine bloße Zuschlags-Maschine zu gut dünkte. Die Arbeiter wollen sich nun durch eine Petition zu helfen suchen. Es liegt im System des kapitalistischen Staats, genau so wie die Privatunternehmer, die Arbeiter als Waare zu behandeln, aber dann mag er anstandslos auch auf die Nebenansatz verzichten, daß er eine Sozialreform bezweckt.

Sämmtliche unterfränkische Bezirks-Lehrervereine veröffentlichten folgende Erklärung: Veranlaßt durch die Angriffe verschiedener Blätter auf die Leiter des bayerischen Volksschullehrer-Vereins, insbesondere auf dessen I. Vorstand, Herrn Schaubert, erklären die unterzeichneten Bezirks-Lehrervereine, daß sie sich voll und ganz zu den von dem derzeitigen Vorstand vertretenen Grundfragen bekennen, Grundfragen, die der bayerische Lehrerverein seit seiner Gründung, also seit 31 Jahren, verfolgte und welche ihn groß und stolz machten. Die unterzeichneten Bezirks-Lehrervereine würden die Errichtung eines Lehrervereins für zwecklos halten, wenn die bewährten Grundfragen verlassen und dafür den von den Gegnern des Vereins gestellten, auf Spaltung und Zerschlagung der Lehrerschaft hinielenden Forderungen Rechnung getragen würde.

Nonen, 6. April. Ein großer Brand entstand im Walde von Nonen. Derselbe hat solche Dimensionen angenommen, daß Militär requiriert werden mußte. Der Schaden ist groß.

London, 6. April. In Hull kam es zwischen streikenden und als Ersatz beschäftigten Dockarbeitern zu blutigen Zusammenstößen, so daß Militär zu Hilfe beordert werden mußte.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Hull, 6. April. Infolge des Ausstandes der Dockarbeiter, welcher durch die Weigerung der Arbeiter, nur unionistische Arbeiter anzustellen, hervorgerufen ist, herrscht hier große Erregtheit. Die Arbeiter liefen nichtunionistische Arbeiter aus London kommen, welche die Streikenden aber auf jede Weise an der Arbeit zu hindern suchten; ebenso hielt der Agitator Tillet aufreizende Reden, an mehreren Stellen kam es zu Thätlichkeiten. Infolge dessen sind zwei Schwadronen Kavallerie aus der Stadt York herbeigeordnet worden.

Briefkasten der Redaktion.

H. F. Wir werden darauf zurückkommen, wenn es an der Zeit ist.

Ch. A., Burgstädt. Die Nachricht war uns von dort zugegangen, jedoch unserer Erinnerung nach nicht von dem von Ihnen genannten Parteigenossen.

Höhl. Wir haben bereits in der Nummer vom 21. März mitgeteilt, daß der auf den 26. April angeetzte Bußtag fortfällt, resp. auf den 22. November verlegt worden ist.

A. B. Sie ziehen den kürzeren Weg der Öffentlichkeit vor. Das ist allerdings sehr bequem. Daß Sie für die Wichtigkeit Ihrer Angaben haften, gewährt uns keinerlei Garantie. Hastbar ist nur die Redaktion. Wenn Ihnen eine Sache ernst ist, dann verfolgen Sie selbst erst den rechtlichen Weg; dann haben wir eine Grundlage, auf welche hin wir in die Öffentlichkeit treten können. Im übrigen wenden Sie sich an die Arbeitersanitätskommission.

Hob. T. Birna. Sie haben Recht. Der freisinnige wiederholt lediglich wörtlich das, was in Eugen Richter's politischem A. B. C. zur Verwirrung der Sachlage vorgebracht ist. Am 5. März 1884 wurde die freisinnige Partei durch Fusion der Fortschrittspartei und Sezessionisten begründet. Dieser Partei gehörten damals — März 1884 — 100 Mitglieder

an. Von diesen 100 Mann stimmten 26 für das Sozialistengesetz. Daß diese 26 „von der Sozialdemokratie zu den freisinnigen gerechnet werden“, ist richtig und entspricht den tatsächlichen Verhältnissen: sie waren zur Zeit der Abstimmung — Mai 1884 — aus der nationalliberalen Partei ausgetreten und anerkannte Mitglieder der freisinnigen Partei. Die Ablehnung dieser Thatsachen macht den Herren vom dortigen Freisinn alle Ehre. Es stimmten im Mai 1884 für das Gesetz 188, gegen dasselbe 158. Hätten jene 26 gegen das Gesetz gestimmt, oder auch nur gezeigt, so wäre das Gesetz abgelehnt worden. Diese 26, die bereits vor dem Mai zu den hervorragendsten Mitgliedern der freisinnigen Partei gehörten, blieben Mitglieder dieser Partei, deren Anzahl im Herbst 1884 auf 65, im Februar 1887 auf 82 sank; ausgestoßen ist von den 26 Freisinnigen durch die freisinnige Fraktion niemand. Einer Abkommandierung von Freisinnigen bedurfte es also nicht einmal, um das Gesetz durch den Freisinn annehmen zu lassen. Ueberdies war aber, wie Ihr Gegner ja selbst, mit Eugen Richter übereinstimmend, angeigt: ein Mitglied mit einem Konservativen „ausgepaart“, ein anderes konnte den Anschluß an die Pfortenbahn nicht erreichen und kam nach der Abstimmung.

C. S. Das Weibergefängnis befindet sich in der Bornimstraße. Im Arbeitshaus zu Kummelsburg wird keine Gefängnisstrafe, sondern Arbeitshausstrafe verhängt.

R. P. 100. Ihr Sohn ist österreichischer Untertan und deshalb nur in Oesterreich militärpflichtig.

S. M. Die Papiere erhalten Sie vom Gericht auf Ihren schriftlichen Antrag hin zurück.

A. B. Landesherliche Befähigung der Wahl des zum Stadt- oberhaupt Gewählten ist nach dem Gesetz leider erforderlich.

N. L. Ja, wenn Sie den leider schwer gelingenden Beweis führen können.

Burgstädt. Es unterliegt der tatsächlichen Würdigung des Falles durch den Richter, ob ein grobes Verschulden des Aufsichtsrathes, für das er verantwortlich gemacht werden kann, vorliegt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in der Unterlassung unermittelter Kasernenrevision ein vertretbares Verschulden gefunden werden kann. Auf jeden Fall dürfte es angebracht sein, genau zu eruiern, seit wann das Defizit begonnen hat u. s. w. Ohne Nachlässigkeit des Aufsichtsrathes kann ihm ein Defizit nicht jahrelang verborgen bleiben. § 86 giebt allerdings ein Recht: dies Recht ist aber keine Willkür. Der Aufsichtsrath hat die

Pflicht, von diesem Recht Gebrauch zu machen. Die Unterlassung kann haftbar machen. Absolut bejahen läßt sich aber die Frage, ob der Prozeß Erfolg haben wird, nicht.

H. S., Spandau. Sie muß die Klage durch einen Anwalt einreichen lassen.

Greuel. Die Leistung des Manifestationseides nimmt keine Rechte.

H. N. 12. Theilen Sie dem Gericht mit, daß und wohin Sie verziehen; dem Gericht bleibt überlassen, Sie an Ihrem neuen Wohnort vernehmen zu lassen oder hier zu vernehmen. Diese Mittheilung können Sie zweckdienlich erst machen, wenn Sie die Vorladung haben. Sache der Partei, die sich auf Sie beruft, ist es, Ihre richtige Adresse anzugeben.

M. W. 1. Zum nichtgewerblichen Verbreiten von Druckschriften ist keine Erlaubnis erforderlich, zur gewerblichen Verbreitung ist polizeiliche Erlaubnis erforderlich. Sie finden die diesbezüglichen Vorschriften in dem kürzlich bei Legien in Hamburg erschienenen, auch durch den Verlag des „Vorwärts“ zu beziehenden Büchlehen: „Anleitung zum Vereins- und Versammlungsrecht“ (30 Pf.) dargelegt. 2. Uns unbekannt: Wienersstraße 11 soll er wohnen.

Dr. Westfalen. Sie können mit dem Zeugen- und mit dem Sachverständigen belegt werden, sind zur Auskunftsertheilung verpflichtet, weil Ihre Patientin sich auf Sie berufen hat, und haben Sachverständigengebühren zu beanspruchen, wenn Sie einen Sachverständigen geleistet haben. Welcher oder welche Eide abzunehmen sind, hängt von dem Ermessen des Gerichts ab.

H. G. 1. Ja. 2. Wenden Sie sich an Herrn Börner, Ritterstraße 108.

A. N. Steinau. Ueber die Höhe des Krankengeldes entscheiden die uns unbekanntes Statuten der Kasse, der Sie angehören. Ihre Frage läßt sich deshalb ohne Einsicht in diese nicht beantworten.

P. S. Die Frage, ob die Fahrkosten, welche ein Kranker aufwenden muß, um den Arzt zu besuchen, zur freien ärztlichen Behandlung gehören, welche die Kasse zu ersetzen hat, ist bestritten, ist aber unseres Erachtens zu bejahen, weil die vom Arzt zwecks Besuchs des Kranken etwa zu verwendenden Fahrkosten ersatzfähig wären und weil, um eine ärztliche Behandlung zu ermöglichen, die Hinzufahrt zum Arzt erforderlich war.

Achtung! Maurer. Achtung!

Sonntag, den 9. April, Vormittags 10 Uhr,
Ordentliche General-Mitgliederversammlung des Vereins zur
Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umg.
in „Boltz' Festsälen“, Alte Jakob-Strasse No. 75.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung des Kassiers und Bericht der Revisoren. 2. Neuwahl des Vorstandes, sowie Ersatzwahl eines Revisors und Ergänzungswahl des Ausschusses. 3. Vereinsangelegenheiten.
380/17
Um rege Theilnahme ersucht
Der Vorstand.

Achtung! Kürschner. Achtung!

Am Montag, den 10. April, Abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn
Frehausen, Sandbergerstraße 31:
Mitglieder-Versammlung
des Verbandes der in der

Kürschnerbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Pöhlke. 2. Abrechnung vom
4. Quartal 3. Jahrg. 3. Gewerkschaftliches. 190/9
Am Sonntag, den 9. d. M., findet die Beschäftigung der Ge-
nossenschafts-Fabrik in der Pappel-Allee statt, welche speziell zu diesem
Zweck in Betrieb gesetzt wird. Auch können Nichtmitglieder theilnehmen.
Treffpunkt Morgens 8 1/2 Uhr im obengenannten Lokal.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Mitglieder-Versammlung

Am Sonntag, den 9. April, Abends 8 1/2 Uhr, im
Lokal des Herrn Schöning, Stallschreiberstr. 29.
Tagesordnung:
1. Die wichtigsten Beschlüsse unserer Generalversammlung. 2. Diskussion.
3. Verschiedenes. — Auch können neue Mitglieder aufgenommen werden.
Um zahlreiches Erscheinen bittet 229/10
Der Vertrauensmann.

Freie Vereinigung der Bau-Arbeiter Berlins. Mitglieder-Versammlung

am Sonntag, Vormittags 11 Uhr, bei Scheffer, Inselstraße 10.
Tages-Ordnung:
1. Vereinsangelegenheiten. 2. Verschiedenes und Fragen.
Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Um pünktliches Erscheinen bittet 129/4
Der Vorstand.

Achtung! Schleifer. Achtung!

Große öffentliche Versammlung
am Sonntag, den 9. April, Vormittags 10 Uhr, im
Lokal des Herrn Bierhagen, Kommandantenstraße.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Metzner. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Ver-
trauensmannes. 4. Verschiedenes. 229/9
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

Ortskrankenkasse d. Messerschmiedere. Ordentliche General-Versammlung

am Montag, den 17. April 1893, Abends 8 1/2 Uhr,
in Müller's Lokal, Dorotheenstraße Nr. 3.
Tages-Ordnung:
1. Rassenbericht. 2. Bericht der Revisoren über Abnahme der Jahres-
rechnung. 3. Neuregelung der Gehälter für den Rentanten und Kassierer.
4. Verschiedenes. — Arbeitgeber, die zuzahlen, sind hiermit eingeladen.
8178/6
Der Vorstand.

Achtung! Maurer und Putzer! Große öffentliche Versammlung

der Maurer und Putzer Berlins
am Sonntag, den 9. d. M., Vorm. 10 1/2 Uhr,
im Lokale „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20.
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung über die am 3. April stattgefundene Konferenz der
Maurer der Provinz Brandenburg. Berichterstattung Kollege Klingenberg.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 242/13
Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Er-
scheinen Aller notwendig.
H. Schigolsky, Schwedterstraße 27. F. Gräschoke, Lübbenerstraße 26.
Vertrauensmänner der deutschen Maurer (Berlin).

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Berlin SW., Beuthstraße 2.

Wie im verflohenen, so wird auch in diesem Jahre in unserem Verlage Mitte April ein zur
Maifeier bestimmtes

Mai-Festblatt

erscheinen. Dasselbe wird auch diesmal einen Umfang von
8 Seiten in Groß-Quartformat

haben. Sowohl auf den textlichen Inhalt, als auch nach illustrativer Richtung wird auch bei dem
Festblatt für die bevorstehende Maifeier die größte Sorgfalt verwandt werden.

Die Titelvignette und das Volksbild, welches die 4. und 5. Seite ausfüllen wird, sind beides
neue Originale, von bewährter Künstlerhand entworfen, den Triumph und die Huldigung der Arbeit
darstellend; das Mai-Festblatt wird somit für jeden Arbeiter ein Erinnerungsblatt von dauerndem
Werthe sein.

Um rechtzeitig die voraussichtlich hohe Auflage des Festblattes feststellen zu
können, bitten wir die Genossen, uns so schnell als möglich ihren Bedarf anzugeben.
Bestellungen, die

umgehend

in unseren Händen sind, werden rechtzeitig und in der Höhe der gewünschten Anzahl
erledigt. Für später einlaufende Bestellungen können wir keinerlei Garantie für
pünktliche Lieferung übernehmen.

Der Preis stellt sich für das Einzel-Exemplar auf

10 Pfennig im Verkauf.

In Partien in jedem Quantum pro Exemplar

5 Pfennig netto.

Porto zu Lasten des Empfängers. Wir ersuchen unsere Parteigenossen, für die Ver-
breitung des „Festblattes“ recht thätig sein zu wollen und sehen zahlreichen Aufträgen entgegen.

Achtung! Rixdorf. Achtung!

Sonntag, den 9. April, Vorm. 10 Uhr, im Lokal des Kollegen
M. Schüke, Prinz-Sandbergstraße 7:
Versammlung
sämtlicher in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holz-
plätzen beschäftigten Arbeiter Deutschlands.

Tages-Ordnung:
1. Die Nothwendigkeit der Errichtung einer Filiale für Rixdorf.
2. Wahl des Vorstandes.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.
326/7
Der Einberufer.

General-Versammlung der freien Vereinigung der Lohgerber u. Lederzurichter Berlins

Sonntag, 9. April, Vormitt. 10 1/2 Uhr,
bei Peind, Weinstr. 11 (Herberge).
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1893.
2. Geschäftliche Mittheilungen.
3171b
Der Vorstand.

Maurer! Zimmerer! Die Fachschule für Bauhandwerker Berlins

beginnt ihr Sommersemester am 15. April.
Unterrichtsstunden Abends u. Sonntags.
Zweck: Strebenden Bauhandwerkern
Gelegenheit zu geben, sich als Polier,
Bauaufseher, Techniker u. auszubilden.
Honorar monatlich 10 M. bei dreißig
Stunden. Nähere Auskunft durch die
Direktion H. Vogt, Berlin N.W.,
Bremerstr. 51. 3181b

Orts-Krankenkasse der Klempner.

Einladung zu der am Sonntag, den
16. April d. J., Vorm. 10 Uhr, bei
Mundt, Köpckestr. 100, statt-
findenden

Generalversammlung

der Vertreter der Arbeitgeber und
Arbeitnehmer unserer Kasse. 8172b
Tagesordnung: 1. Verlesung der
Protokolle. 2. Bericht des Rechnungs-
ausschusses und Decharge-Ertheilung.
3. Antrag Reinhardt u. Gen.: Kündi-
gung des Verhältnisses unserer Kasse
zum Gewerke-Krankenverein zum 31. Dez.
1893. 4. Verschiedenes.
Der Vorstand.

1 Sopha, gut erhalten, billig Reich-
bergerstraße 181, Hof v. II.

Parteigenossen empfehle mein schön
eingerichtetes Lokal zum gefälligen Be-
such. Vereinszimmer als Zahlstelle für
40 Personen.
Edmund Reuter,
8652L*
Swinemünderstr. 45.

Dienstag, 18. April, Abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung der Ortskrankenkasse der Göttdorfer Berlins

bei Heise, Lichtenbergerstraße Nr. 21.
Tagesordnung:
1. Erhöhung der Beiträge und
Kassenangelegenheiten. 112/8
Der wichtigen Tagesordnung halber
ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes,
zu erscheinen. Die Auflösung der Kasse
steht uns bevor.

Der Vorstand.
Gg.: Seemann, Vorsitzender.

Verband der Bau-Arbeiter und Gerufogen Deutschlands

(Zahlstelle Berlin).
Sonntag, 9. April, Vormittags 10 Uhr,
bei Säger, Grüner Weg 29:
Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Fortsetzung der Diskussion aus
der letzten Versammlung. 2. Abrech-
nung vom 1. Quartal 1893. 3. Ver-
bandsangelegenheiten. 401/8
Der Vorstand.

Gangbare Destillation zu verkaufen,
passend für Parteigenossen. Zu erfr.
bei Gaudt, Swinemünderstr. 120. 31406*